

Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Die Werbung nehmen Familien-Verkaufsstellen entgegen. Inner- und Auslands-Bezüge für Deutschland, Dänzig, das Baltikum und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 25.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die neuangelegte Konkurrenzliste über deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das letzte druckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das letzte druckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# ARBEITERZEITUNG

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Rettung vor dem Zusammenbruch

### Die Forderungen der Gewerkschaften

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFA-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gefassten Beschlüsse scharfen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschaft- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zweck der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wieder erstarrten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der Notenpresse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftsfähigkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn- oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch Privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanzgesetz Sicherungen vorgesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFA-Bundes von der Reichsregierung und den Reichstag zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Beschlussfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträge der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Wertzuwächse.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effekten-Geschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFA-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entsalten.

## Die Not steigt!

Auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse tobt sich die Hausse an der Börse und auf dem Warenmarkt aus. Die katastrophale Entwertung der Mark wirt den Besitzern der Sachwerte ungeheure Gewinne in den Schoß. Auf der anderen Seite sinkt der Reallohn des Arbeiters mit unheimlicher Schnelligkeit. Die Preise eilen im Geschwindigkeit dem Stande der Weltmarktpreise zu, was soviel bedeutet, daß sie bald die dreißig- bis vierzigfache Höhe der Friedenspreise betragen werden. Die notwendigsten Lebensbedürfnisse werden für den Arbeiter, für den Angestellten, für den Beamten, für den Kleinrentner, also für die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung, immer mehr zu Luxusartikeln. Butter, Eier, Fleisch kommen kaum noch auf ihren Tisch. Sie sind nicht mehr imstande, den Verbrauch an Haushaltsgegenständen zu ersetzen, geschweige denn, daß sie daran denken könnten, den seit über sieben Jahren heruntergewirtschafteten Hausrat zu erneuern. Dabei stehen wir erst am Anfange der Teuerungswelle, ihre schlimmsten Wirkungen werden erst in einigen Wochen zum Ausdruck kommen.

Kann man sich also darüber wundern, daß gestern vormittag in Neukölln, diesem proletarischem Ortsteil von Berlin, einige Lebensmittelläden geplündert, die Waren herausgeschleppt worden sind? Ist es erstaunlich, daß einige hundert hungernder Arbeitslosen den sinnlosen Parolen irgendwelcher dunkler Elemente Folge leisten und sich unter Anwendung von Gewalt das holen wollen, was ihnen die heutige Wirtschaftsordnung nicht gibt? Die Erregung der Menge suchte sich zuerst in einem Ansturm auf eine Filiale der Konsumgenossenschaft Luft zu machen, um schließlich in der Ausräumung einer städtischen Verkaufsstelle ihren Höhepunkt zu erreichen. Die Tatsache allein, daß vornehmlich die Unternehmungen der Arbeiter und der Stadt zu Objekten der Plünderungen wurden, zeigt die Geistesbeschaffenheit ihrer Urheber. Sie haben das Vertrauen zu planmäßiger Arbeit verloren und glauben, durch planlose Zerstörung mehr für sich erreichen zu können. Die sozialistische Arbeiterklasse versteht die Ursache dieser Stimmung, sie verurteilt aber zugleich die Methoden, die gestern zur Anwendung gelangten. Sie weiß genau, daß Handlungen von dieser Art nicht geeignet sind, die Lage der werktätigen Bevölkerung zu verbessern, daß sie im Gegenteil nur Wasser auf alle reaktionären Mühlen leiten müssen.

Das eine aber ist sicher: Nicht lange mehr wird die Arbeiterklasse zusehen, daß die Regierung und die regierenden Parteien die Dinge laufen lassen, wie sie wollen! Zur gleichen Zeit, in der sich eine undisziplinierte Menge zu sinnlosen Handlungen hinreißen ließ, haben die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiter und Angestellten, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die AFA ein Programm ausgearbeitet, das den Weg weist, der unverzüglich beschritten werden muß. Die Regierung muß wissen, was das bedeutet. Der Welt des Kapitals, die das Reich zertrümmern möchte, damit ihr Besitz und ihr Profit nicht angetastet werde, stellt sich die Welt der Arbeit gegenüber, die die Volksgemeinschaft vor dem Untergang bewahren will. In den Forderungen der Organisationen ist kein Bußstabe enthalten, der nicht sofort erfüllt werden kann. Die Not des Reichs, die Not des Volks ist aus höchster Notwendigkeit; die Regierung muß jetzt so viel Verantwortungsgedühl haben, um dem widerlichen Spiel der kapitalistischen Erpresser ein Ende zu machen und, gestützt auf die Massen der organisierten Arbeiterklasse, und unterstützt von den nichtkapitalistisch interessierten Teilen des übrigen Bürgertums, den Kampf gegen die Selbstsucht der bestehenden Klassen aufzunehmen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren!

Zweierlei hat sofort zu geschehen. Die dringendste Aufgabe besteht darin, die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Einklang mit der Teuerung auf dem Warenmarkt zu bringen. Die Vorgänge in einigen großen Betrieben Berlins, wo die Arbeiter nichts mehr von geregelten Lohnbewegungen wissen wollen, sondern denjenigen Gehör schenken, die ihnen die „direkte Aktion“ empfehlen, muß eine deutliche Warnung sein. Wenn der Arbeiter eine Stunde lang schaffen muß, damit er sich ein Ei, einen Tag lang, damit er ein Pfund Margarine kaufen kann, so ist die Lehre aller Satten, daß die Erhöhung des Arbeitslohns nur eine neue Vermehrung des Papiergeldumlaufs hervorruft, für ihn eitel Wind. Er kann nicht warten, bis endlich durch geeignete staatliche Maßnahmen die Verhältnisse stabil geworden sind; ihm muß sofort und ausreichend durch Erhöhung des Lohnes geholfen werden.

Das ist das eine. Die Hauptaufgabe aber ist, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, den wirtschaftlichen Kredit des Reichs zu heben, die Voraussetzungen für die Erfüllung der Wiedergutmachungspflichten zu schaffen. Mit Wusch und Mißwerk ist nichts mehr getan, es muß ganze Arbeit geleistet werden. Die Gewerkschaften zeigen, was jetzt geschehen muß. Ihre Forderungen decken sich mit dem, was wir und unsere Partei schon seit Monaten ver-

## Das Schicksal der Deutschen Werke

### Eine Note an die Völkerverkonferenz

Das Auswärtige Amt hat an den Vorsitzenden der Internationalen Militärkommission ein Schreiben gerichtet über die geplante Zerstörung der Deutschen Werke. Zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Völkerverkonferenz eine Note zu überreichen, deren Inhalt sich mit dem Schreiben an die Militärkommission deckt. In der Note wird darauf hingewiesen, daß die ehemaligen Heereswerkstätten nach der Resolution vollständig umgestaltet worden sind. Es wird behauptet, daß die von der Völkerverkonferenz gestellten Bedingungen im vollen Umfange erfüllt sind. Die Werke, so heißt es, verrichten heute reine Friedensarbeit, jedoch müßte bei der Umstellung auf die vorhandenen Maschinen und Einrichtungen sowie auf die Materialklassen Rücksicht genommen werden, ebenso auf die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiter. Die Umstellung sei unter genauer Kontrolle der Militärkommission vor sich gegangen. Würde jetzt den Wünschen der Kontrollkommission nachgegeben, so sei der Fortbestand der Werke aufs äußerste gefährdet. Im einzelnen wird dann gefordert:

1. In Erfurt und Spandau-Haselhorst die Herstellung von Schusswaffen und Munition für Jagd und Sport im bisherigen Umfange weiter zu gestatten und die Note vom 23. September 1921 aufzuheben.

2. Im Werke Wollfang bei Hanau die Herstellung von Filmrolle und Kunstleder und die übrige Fabrikation unter Befassung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen zu gestatten und die Note vom 30. September aufzuheben.

3. Dem Hüttenwerk Spandau soll der Ausbau des geplanten Holzwerks genehmigt werden, die bezüglich der Werke Spandau-Haselhorst und Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung oder Zerstückung der dringend notwendigen Maschinen sollen nachgeprüft und beschränkt werden.

Weiter wird verlangt, die Neubeschaffung notwendiger Maschinen nicht zu unterbinden, einen ausreichenden Transport von Werk zu Werk nicht zu sperren und die durch den Beschluß der Völkerverkonferenz vom 21. September geforderte Beschränkung der Verfügungsrechte über die Rohmaterialien aufzuheben.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat am Montag die Deutschen Werke besichtigt und festgestellt, daß die Fabrikation

ganzen vor dem Frieden eingestellt ist. Mit der Fabrikation von Sport- und Jagdwaffen sind im ganzen 900 Personen beschäftigt. Die Maschinen, die der Herstellung von Gewehrsläufen dienen, sind so umgebaut worden, daß sie Kriegswaffen nicht mehr herstellen können. Dasselbe gilt von den großen Bohr- und Drehbänken, auf denen während des Krieges Torpedos und Kanonentore gedreht wurden. Durch die Stilllegung dieser Maschinen, so berichtet die Gewerkschaftskommission, ist den Deutschen Werken erheblicher Schaden erwachsen. So konnten sie einen Auftrag von Schiffswellen nicht ausführen, weil die großen Drehbänke nicht benutzt werden dürfen. Die Produktivität der Werke muß unter einer solchen Maßnahme naturgemäß schwer leiden.

Die Gewerkschaftskommission weist weiter darauf hin, daß die Befürchtung, die Deutschen Werke könnten wieder einmal Kriegsmaterial herstellen, wenn sie eine sachtechnisch geübte Arbeitermasse zusammenhalten, nicht stichhaltig ist. Denn das gleiche müßte natürlich auch auf andere Großbetriebe zutreffen. Diese könnten sich auf eine etwaige Kriegsproduktion mindestens ebenso schnell, wenn nicht noch schneller wie die Deutschen Werke, umstellen.

Es ist zu wünschen, daß die Völkerverkonferenz den Einwänden der deutschen Regierung Gehör schenkt und die Produktion der Deutschen Werke durch unsinnige Maßnahmen nicht unterbindet. Das wird um so eher möglich sein, wenn die Arbeiterschaft ihrerseits die Garantie übernimmt, daß in den Werken Kriegswaffen nicht mehr hergestellt werden. Sie hat diese Zusicherung bereits gegeben, und das ist die beste Garantie gegen etwaige Mißbräuche!

## Dutschgerüchte in Budapest

Nach Meldungen aus Budapest wurden am Montag plötzlich sämtliche Gefängnisse durch Militär abgesperrt und die Budapest Garnison in Alarmbereitschaft gehalten. Die militärischen Sondermaßnahmen fanden statt, weil angeblich bewaffnete Truppen, die aus den geschlagenen Karpaten herbeigekommen, sich auf dem Marsch nach Budapest befänden. Die Insurgenten sollten die Absicht haben, die Gefängnisse zu stürmen, um die wegen des Karpatenverhafteten Politiker zu befreien. Das irrendes was im Gange war, zeigte sich auch daran, daß plötzlich in den Straßen der Stadt bewaffnete Gruppen auftauchten und friedliche Passanten belästigten, wobei es mehrfach zu blutigen Schlägereien kam.

langen. Das Reich muß sich einen genügend hohen Anteil an den Sachwerten sichern, mit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues muß endlich begonnen werden. Der Skandal, daß bei den bestehenden Klassen noch heute nicht, am Ende des Jahres 1921, die Einkommensteuer für das vorige Jahr eingezogen ist, daß sie zum Teil sogar noch für das Jahr 1919 im Rückstande sind, muß ein Ende nehmen. Der Außenhandel muß unter schärfster Kontrolle genommen werden, nichts Ueberflüssiges darf mehr herein. Für alle Waren, die nach dem Auslande kommen, müssen die entsprechenden Gegenwerte wieder zurückgeführt werden.

Diese Finanzmaßnahmen müssen ergänzt werden durch eine Deflationierung der staatlichen Betriebe. Es ist ein blauer Schwindel, wenn die Rechtspresse behauptet, daß die Defizite der Eisenbahnen und der Post auf die Ueberzahl der beschäftigten Arbeiter und ihre zu geringe Leistung zurückzuführen sei. Die wahren Schuldigen sind jene kapitalistischen Kreise, die das Reich bei der Materiallieferung unausgeseht übers Ohr haufen und das bürokratische System, das noch heute, drei Jahre nach der Beseitigung der verrotteten wilhelminischen Zustände, in den staatlichen Betrieben vorherrscht.

Die Arbeiterklasse, die jetzt am Ende ihrer Kraft angelangt ist, wird nicht dulden, daß die Forderungen der Gewerkschaftsverbände auf dem Papier stehen bleiben. Die Regierung aber mag wählen, ob sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse den Kampf für die Gelöndung unseres Wirtschaftslebens aufnehmen oder ob sie sich, vereint mit Stinnes, der Front der von der gleichen Verelendung bedrohten Volksmassen entgegenstemmen will. Die Not steigt, die Stunde drängt. Mit Worten ist keine Beruhigung mehr zu schaffen, die Massen wollen Taten sehen!

## Die Maßnahmen der Behörden

### Hilfe für die Erwerbslosen und Sozialrentner

Die Dezentern des Wohlfahrtsamts und der Erwerbslosenfürsorge für Groß-Berlin trafen gestern zu einer Besprechung beim Stadtkämmerer Dr. Karbinger zusammen. Es wurde beschlossen, nach am Donnerstag einen Magistratsbeschluss herbeizuführen, um der Not der Empfänger von laufender öffentlicher Unterstützung, der Sozialrentner und der Erwerbslosenunterstützungsempfänger, abzuhelfen. Es ist in Aussicht genommen, zu zahlen in Einzelbeträgen an jeden Unterstüßungsempfänger fünfzig Mark, an die Frauen der Unterstüßungsempfänger ebenfalls fünfzig Mark, für jedes Kind dreißig Mark. Die Auszahlung soll sofort nach Bewilligung schon in den nächsten Tagen erfolgen. Im ganzen sind für dieses Hilfsvermögen neun Millionen Mark ausgemessen.

### Die wirtschaftliche Notlage der Kriegsofiser

Wie die „P. P. R.“ hören, fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten und in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers und des Vertreters des Reichsanwalters eine Besprechung mit den Vertretern der 7 Spitzenorganisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen statt, bei der deren wirtschaftliche Notlage und die Maßnahmen zu ihrer Abhilfe besprochen wurden. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die Gewährung einer Winterbeihilfe, die Erhöhung der Teuerungszulagen und die grundsätzliche Stellungnahme zur Forderung der Organisationen zur sofortigen Reform des Reichsversorgungsgesetzes. Der Reichspräsident und der Reichsarbeitsminister legten die sofortige Beratung der notwendigen Maßnahmen zu. Darüber finden am 21. und 22. November weitere Verhandlungen statt.

## Das Potsdamer Waffenlager

M. T. W. meldet: Am Sonnabend, den 12. d. M., hat in Potsdam in der Kaserne des früheren 1. Garde-Mannregiments, jetzt belegt mit Teilen des Reiterregiments 4, eine Enquete-Kommission die Durchsichtung eines Stalles verlangt, unter dem nach einer Denunziation Munitionsmengen verborgen sein sollten. Die Truppe ließ sofort den Stall militärisch absperren und am nächsten Morgen, nach weiterer Bestätigung mit der Kommission, die Durchsichtung bereitwillig ausführen. Es wurden 240 Kisten Munition gefunden, die dort mindestens zwei Jahre gelagert haben muß, so daß die jegliche Truppe und die jetzt vorgesehene Dienststellen in keinerlei Beziehung zu ihr gebracht werden können. Die Munition wurde der Reichswehrhandelsfirma übergeben. Es handelt sich um Patronen für Maschinenpistolen, die in der Reichswehr nicht geführt werden.

Daß die Reichswehr mit diesem versteckten Munitionslager nicht in Beziehung gebracht werden kann, ist ein Urteil, welches mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. In Potsdam wurden schon wiederholt große Waffenmengen gefunden, die nur mit Hilfe der Reichswehr versteckt sein konnten. Projekte, die diesbezüglich, allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, haben überdies die Waffenschließungen durch Angehörige der Potsdamer Reichswehr zu einer gerichtlichen Tatsache gemacht.

## Ein Mißvergnügter

Generalleutnant von Cramon ist von seinem Posten als Vorsitzender der Hauptverbände für die Interalliierte Ueberwachungsausschüsse zurückgetreten. Er suchte diesem an und für sich gleichgültigen Ereignis dadurch Bedeutung zu geben, daß er der „Kreuzzeitung“ Mitteilungen über die Gründe seines offenbar nicht ganz aus freier Entschliesung erfolgten Schrittes macht.

Wenn ich mein Gesuch um Enthebung von meinem Amte im Oktober dieses Jahres einreichte und meinen Posten jetzt aufgegeben habe, so geschah es deshalb, weil ich bei meinen Verhandlungen mit General Kollat, dem Vorsitzenden der I. M. R. K., zuletzt nicht mehr die nötige Unterstützung der Regierung gefunden habe. Gereicht es mir, als gutem Patrioten, auch zur höchsten Ehre und größten Genugtuung, daß General Kollat, den ich als einen der ärgsten Feinde Deutschlands erkannt habe, und der für die Entwaffnung unseres Vaterlandes von seiner Regierung entsprechend befohlen wurde, sich an mir übergibt, so kam ich mein Amt entsprechend natürlich nicht fortzuführen, wenn unsere Regierung nicht ausreichend hinter mich steht. Auf Einzelheiten möchte ich mich heute nicht einlassen, behalte mir aber vor, die Täglichkeit der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland demnächst einer näheren Betrachtung zu unterziehen, wofür mir reiche Erfahrungen zur Verfügung stehen.

Die Regierung wird ja wohl nicht umhin können, sich über die Tatsachen, die den Rücktritt des Generalleutnants von Cramon veranlassen haben, zu äußern. Aus der aufgeregten Erklärung des Offiziers geht hervor, daß er in Verhandlungen mit dem General Kollat geraten ist, und dabei nicht die von ihm gewünschte Unterstützung des Kabinetts gefunden hat. Aber die Art, wie er seinem Schmerz über das ihm widerfahrene Schicksal durch die „Kreuzzeitung“ der Öffentlichkeit unterbreitet, läßt ohne weiteres den Schluss zu, daß er für die Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission nicht der geeignete Mann gewesen ist. An diese und ähnliche Stellen gehören keine Offiziere von

deutschnationaler Grundstimmung. Mit altpreussischer Furcht ist nun einmal bei den Franzosen nichts zu erreichen.

## Um das Wiesbadener Abkommen

Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Quaatj, Syndikus der Essener Handelskammer, hat vor einigen Tagen in der rechtsstehenden Presse einen Artikel gegen das Wiesbadener Abkommen veröffentlicht, und dabei Herrn Rathenau der Preisgabe wichtiger deutscher Interessen bezichtigt.

Rathenau antwortet jetzt in längeren Ausführungen, in denen er Punkt für Punkt die Behauptungen des Dr. Quaatj zurückweist. Wir müssen uns darauf beschränken, den letzten Abschnitt seiner Darlegungen wiederzugeben, der sich gegen den alle Beschwerden noch einmal zusammenfassenden Schlusssatz der Ausführungen des schwerindustriellen Syndikus wendet.

Der frühere Wiederaufbauminister schreibt:

Ich habe also nach Herrn Quaatj, wenn man die stilistische Umhüllung beiseite läßt, andere letzten Akten dem Gegner in die Hände gespielt und Ueberfließen preisgegeben. Sind solche Verdächtigungen, für die der geistlich zulässige Ausdruck fehlt, nach dem Zusammenbruch der Quaatj'schen Argumente erlaubt?

Nach meinen Ausführungen im Reichswirtschaftsrat mußte Herr Quaatj wissen, daß die Verhandlungen in Wiesbaden in jedem Stadium mit England besprochen waren, dem überdies innerhalb der Reparationskommission die letzte Entscheidung vorbehalten blieb. In seinem Bericht an die englische Regierung hat das englische Mitglied der Reparationskommission die Annahme des Abkommens mit geringen Änderungen, die sich im wesentlichen auf Verzerrungen innerhalb der Mätrien beziehen, empfohlen. Persönlich hat dieses Mitglied sich mir gegenüber betreffend Wiesbaden entschieden günstig geäußert. Dagegen haben sich entscheidende englische Staatsmänner über den Genfer Beschluß mehr als absprechend ausgesprochen. Und das nennt Herr Quaatj „England gegen uns aufbringen“. Das macht er zur Grundlage der vertriehen Behauptung, das durch Wiesbaden angebrachte England habe auf den Beschluß gewirkt, Oberkassien loszureißen, und beides durch meine Schuld?

Wenn unter Demagogie das Wirken zu verstehen ist, das auf unzutreffende Argumente gestützt, mangelhaft informierte Stände und Massen in verhäulter oder unerschütterter Form zu leidenschaftlicher Empörung gegen Reich und Einrichtungen erregt, so glaube ich berechtigt zu sein, die Quaatj'sche Kundgebung und was sich auf ähnlichem Niveau bewegt, als demagogisch zu bezeichnen. Wenn solche Kundgebungen, systematisch und unablässig ausgeübt, zu Ueberanstrengen ins Land gehen und notwendige Ausbrüche artelloser Leidenschaftlichkeiten führen, so soll man zum mindesten nicht nachträglich mit ahnungsloser und bedauernder Anshuld die Hände waschen und sogenannte Verbindende von den Rücksichten abschütteln. Schon heute gehen diese Dinge ihren Gang. Ueber ihre Auswirkungen zu reden, unterlasse ich.

Das ist recht deutlich. Im übrigen wird das Wiesbadener Abkommen demnächst auch den Reichstag beschäftigen, da die Deutschnationalen eine auf diesen Vertrag bezügliche Interpellation eingebracht haben. Vielleicht ist Dr. Rathenau bis dahin aufs neue Wiederaufbauminister geworden, und damit in der Lage, den Saboteuren auf der Rechten auch im Parlament recht vernehmbar die Wahrheit zu sagen und ihre wahren Beweggründe zu enthüllen.

## Wer hat sich gewandelt?

Der „Vorwärts“ bringt es fertig, auf Grund der Rede, die der neue Kultusminister im Hauptansatz des Landtags gehalten hat, von einer „Wandlung“ des Herrn Voelck zu sprechen. Diese Kavität ist umso bezeichnender, als selbst bürgerliche Kreise, so z. B. das „Berliner Tageblatt“, sehr scharf von Herrn Voelck abriduen. Mit derartigen Behauptungen sollen lediglich die rechtssozialistischen Anhänger über den wirklichen Charakter der Koalitionsregierung in Preußen getäuscht werden. Herr Voelck hat sich nicht nur in seiner Potsdamer Rede für die „Kaiseridee“ begeistert, er hat auch bei jeder Gelegenheit im Landtag seiner monarchistischen Ueberzeugung unverhohlenen Ausdruck gegeben. Wenn er als Minister etwas vorstichtiger spricht, so ist das lediglich eine taktische Berechnung. Er müßte auch ein übler Tzopf sein, wenn er seine Ueberzeugung von heute auf morgen wechseln würde. Und gerade dieser schnelle Wechsel seiner Ueberzeugung würde ihn für das Amt eines Oberwärters für das Unterrichtsweesen ebenso ungeeignet machen, wie seine antirepublikanische Einstellung. Nein, die Volkspartei mit dem Herrn Voelck ist geblieben was sie war. Gewandelt haben sich lediglich die Rechtssozialisten, die jene Koalition mit der Deutschen Volkspartei angebahnt und damit den ausgesprochensten Feinden der Republik die Möglichkeit gegeben haben, ihren verderblichen Einfluß in der Regierung durchzusetzen zu können.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, der Bund Neues Vaterland, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit und andere pazifistische Organisationen haben eine Entschliesung angenommen, in der es heißt:

„Zum preussischen Unterrichtsminister wurde von den Parteien der sogenannten großen Koalition der Abgeordnete Dr. Voelck berufen. Herr Dr. Voelck ist militärischer Monarchist, er bekennt sich zu den Hohenzollern und zum „Geist von Potsdam“. Nun darf der junge Freistaat Preußen keine wichtigere kulturpolitische Aufgabe kennen als die, das werdende Geschlecht zu republikanischer und pazifistischer Gesinnung zu erziehen. An den Schulen und Hochschulen ist von

## Öeffentliche Volksversammlungen

Heute, Mittwoch, den 16. November, vormittags 10 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Lehrervereinshaus, (Gr. Saal) Alexanderplatz
- Kleins Festsäle, Halensheide 13-16
- Brachthale des Ostens, Frankfurter Allee 48
- Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10
- Pharus-Säle, Müllerstraße 142
- Moabiter Gesellschaftshaus, Widenstraße 24

Tagesordnung:

### Koalitionspolitik — Teuerung und neue Steuern

- Referenten: Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid, Arthur Crispian, Franz Rüstler, Dr. Julius Moses, Dr. Kurt Rosenfeld, Luise Jiey

Genossinnen und Genossen: Diese Versammlungen müssen durch ihren Massenbesuch eine scharfe Abfrage des Berliner Proletariats gegenüber der Politik der S. P. D. zum Ausdruck bringen

U. S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg

einem so gerichteten ersieherlichen Willen selber noch sehr wenig zu verspüren, im Gegenteil macht sich an ihnen die englische Reaktion breit. Die Forderung des Artikels 148 der Reichsverfassung, wonach in allen Schulen sittliche Bildung und hausbürgerliche Gesinnung im Geiste der Völkerverbrüderung zu erstreben ist, blieb gerade in Preußen bisher unerfüllt. Als Vertreter seines politischen Glaubens muß und wird Herr Dr. Voelck dafür arbeiten, daß sie weiter unerfüllt bleibt!

## Das bayerische Schandmal

Drahimeldung unseres Korrespondenten

München, 15. November.

Unser Parteorgan, die „Münchener Morgenpost“, greift heute die Klassen- und Rachejustiz der bayerischen „Volksgesichte“ scharf an. Zu der Justizpraxis der Volksgerichte komme auch dann noch die Art des Strafpolizugs. Wie die politischen Gefangenen in den Festungen gequält und schikaniert würden, wie sie bis zum äußersten getrieben würden durch ein raffiniert ausgedachtes Strafsystem, das schreie zum Himmel. Allein schon die Art der Verurteilung durch die „Volksgesichte“ verlange nach Wiedergutmachung durch Amnestie. Die Art dieses Strafpolizugs erhöhe diese Forderung in einer Weise, daß der Ruf nach Amnestie solange nicht verstummen dürfe, bis er Erfüllung finde. Die bisher veröffentlichten Einzelheiten über den Strafpolizug in bayerischen Festungen seien nur Bruchstücke. Jetzt endlich liege eine zusammenfassende Darstellung über den Strafpolizug in der Denkschrift des Genossen Kiedisch vor, der die ganze Brutalität der Strafpolizug mit aller Rücksichtslosigkeit an den Vrangler stelle. Die „Münchener Morgenpost“ kündigt an, daß sie mit der Veröffentlichung dieser Denkschrift beginnen werde.

## Die Papiernot

Auf dem Papiermarkt herrscht gegenwärtig große Knappheit insbesondere an Zeitungsdruckpapier. Die Konjunkturgewinne auf den ausländischen Märkten veranlassen die Fabrikanten, unter Vernachlässigung des inländischen Marktes, zur Ausfuhr. Angeblick hat auch das Stöden in der Zufuhr böhmischer Kohle — die meisten Papierfabriken liegen in Sachsen — eine Verringerung der Produktion zur Folge. Das alles äußert sich nicht nur in der Knappheit an Papier, sondern auch in sprunghaft ansteigenden Preisen. Schon heute wird 450 M. pro Kilo Zeitungsdruckpapier gezahlt, und ein weiteres Steigen sieht bevor.

## Die Washingtoner Konferenz

Englische Einwendungen

Paris, 15. November.

Nach einer vom „Temps“ veröffentlichten Meldung aus Washington erklärte man dort, Großbritannien werde der Herabsetzung der Seerüstungen erst endgültig zustimmen, nachdem die Konferenz nicht nur die Entwaffnung der Vereinigten Staaten und Japans, sondern auch die von Frankreich und Italien hergefordert habe. Es sei auch nicht unmöglich, daß die Frage der Abrüstung zu Lande mit der Frage der Abrüstung zur See verbunden werde. Endlich werde erklärt, die Zustimmung der englischen Regierung werde vielleicht untergeordnet werden der Regelung der Fragen im Fernen Osten.

Demselben Blatte zufolge soll die Diskussion über die Probleme im Fernen Osten am Mittwoch beginnen. Amerika werde seinen bestimmten Plan wie für die Entwaffnungsfragen zur See vorlegen, sondern jeder Delegation überlassen, eigene Vorschläge zu unterbreiten.

## Die Sorgen der Rüstungskonzerne

London, 15. November.

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ schreibt, die großen englischen Rüstungskonzerne seien über die Vorschläge aus der Washingtoner Konferenz, die ihre Interessen berührten, sehr beunruhigt. — Die „Morning Post“ berichtet, daß von einem großen Sturz in Rüstungssachen, und zwar der Aktien von Eisen- und Stahlwerken abgesehen, die amerikanischen Vorschläge keinerlei Einfluß auf die englische Effektenbörse hätten. Die City sei der Meinung, daß es verfrüht wäre, einem am ersten Tage der Konferenz unterbreiteten Vorschläge zu große Bedeutung beizumessen. Sie sei außerdem der Meinung, daß Großbritannien die Frage der Verteidigung nicht nur von dem Standpunkt der britischen Inseln, sondern auch vom Standpunkt des gesamten britischen Reiches aus betrachten müsse.

## Der englisch-japanische Vertrag

London, 15. November.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, die Japaner befürchten, daß die Vereinigten Staaten an Großbritannien und Japan die Aufforderung richten würden, ihren Bündnisvertrag aufzugeben.

## Kleine Nachrichten

Immer noch militärische Geheimnisse. Vor dem vierten Strafgericht des Reichsgerichts begann am Dienstag ein Prozeß wegen verurteilten und vollendeten Betrags militärischer Geheimnisse gegen 11 Angeklagte aus Kiel, und zwar gegen den Dachdecker Paul Scheil, Magazinassistenten Wilhelm Bartels, Magazinassistenten Karl Korik, Bureauangestellten Otto Grieb, Polizeifeldretär a. D. Wilhelm Baette, Ehefrau Marie Beyer, Maschinist Karl Maas, Leutnant z. S. a. D. von Berlin, Maschinistmaat Karl Fedder, Feuerwerksmeister Friedrich König und Versicherungsagent Karl Schollmeyer. Den Angeklagten stehen sieben Verteidiger zur Seite. Es sind zwölf Zeugen geladen. Wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Staatssicherheit wird die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Es handelt sich um den angeblichen Verkauf von Uboositzgen an das Ausland.

Die Explosionskatastrophe bei Wiesbaden. Zur Explosion in der Zellfabrik Dohhelm ist weiter zu melden: Montag abend gelang es, die Leiche eines Werkmeisters zu bergen. Die Bergung der übrigen Leichen (fünf bis sechs) wird erst in einigen Tagen erfolgen können. Um 10 Uhr 30 Minuten abends explodierte noch ein Benzindbehälter mit haushoher Stichflamme; auch während der ganzen Nacht erfolgten noch kleinere Explosionen. Der Brand konnte nur dadurch gelöscht werden, daß die ganze Anfallstelle unzer Wasser gelöscht wurde.

Kongreß der französischen Kommunisten. Die „Humanité“ veröffentlicht einen von Trotski unterzeichneten Aufruf der kommunistischen Partei Frankreichs, der zu dem ordentlichen Nationalkongreß der kommunistischen Partei einlädt. Der Kongreß wird vom 20. bis 22. Dezember d. J. in Marseille stattfinden.

Kriegsstand in der Ukraine. Die sowjetukrainische Regierung hat den Kriegsstand über die ganze Ukraine und den Besatzungszustand über die Stadt Kiew verhängt. Die Wahlen in den Charkower Sowjet ergaben 672 Kommunisten und 203 Parteiloje.

# Beamtenprogramm der U.S.P.

Von Luise Zieh

Das Beamtenprogramm der U.S.P.D., das am 6. November in der „Freiheit“ und in vielen U.S.P.-Blättern im Reich veröffentlicht worden ist, hat in weiten Beamtentreisen lebhaften und freudigen Widerhall gefunden. Um so mehr muß es befremden, daß der „Deutsche Eisenbahner“, das Organ des freigewerkschaftlichen Eisenbahner-Verbandes, in seiner Nummer 46 eine heftige Polemik gegen unsere Forderungen und gegen mich persönlich unternimmt. Unter der Überschrift „Ein bedauerlicher Vorgang“ wird unter Artikel in seinen zwei einleitenden Sähen zitiert und besprochen, jenseit aber vom Inhalt nichts wiedergegeben, dagegen ganz haltlose Unterstellungen und heftige und ungerichtete Angriffe gegen uns unternommen. Wollte der „Eisenbahner“ gegen uns polemischen sachlich und zum Nutzen der Beamtenschaft, hätte er unseren Artikel ganz, oder wenigstens in seinen wesentlichen Teilen abgedruckt, um dann zu sagen, was er daran auszusetzen hat.

Das ist nicht geschehen. Schon in den einleitenden Sähen läßt er den Hinweis weg, den wir besonders hervorgehoben hatten, daß die Gewerkschaften in hartem Ringen, das schon einmal zum Abschluß der Verhandlungen geführt, bemüht gewesen seien, mehr herauszuholen, als ihnen schließlich gelungen. Wir anerkannten also durchaus die Tätigkeit der Gewerkschaft. Wir betonten, daß sie mehr für die unteren und mittleren, weniger für die oberen Gehaltsklassen gefordert, aber an dem starken Nein der Regierung gescheitert seien. Daß uns deshalb das Ergebnis der Verhandlungen nicht befriedigt. Wir nehmen an, daß es den „Deutschen Eisenbahner“ auch nicht befriedigt; er mag also in uns Bundesgenossen sehen, mit denen Hilfe im Reichstage mehr durchzusetzen sei. Statt dessen fällt er über uns her. Ohne die Forderungen, die wir erhoben hatten, wiederzugeben, nennt er sie „oberflächlich“, mit denen eine Gewerkschaft sich blamieren würde. Trotzdem sollen sie denen des Verbandes ähnlich sein, wie der Artikel ebenfalls periferiert. Hätte das Organ des Deutschen Eisenbahner-Verbandes diese, angeblich oberflächlich zusammengestellten Forderungen veröffentlicht, würden die Mitglieder des Verbandes wohl zu einem anderen Urteil gekommen sein wie ihr Redakteur.

Die Mitglieder unseres Beamtensbeirats, alles freigewerkschaftlich und politisch organisierte und in den Organisationen eifrig tätige Beamte, darunter mehrere Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, haben in sorgfältiger Arbeit mit uns die Aufstellung vollzogen, und zwar nach den Grundsätzen, die wir in unserem Artikel niedergelegt hatten.

Der Vorstand des Eisenbahner-Verbandes hat, wie ich von mehreren Mitgliedern desselben erfahren habe, gegen die Zusammenstellung auch nichts einzuwenden gehabt, er hat im Gegenteil die Sorgfalt der Berechnung anerkannt! Anders der Redakteur!

Aber der Artikel des Verbandes führt noch größeres Geschick auf; er erklärt, die Parteien, auch die U.S.P.D., habe nichts getan, um während der Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung einzugehen. Zur Ehre des Artikelschreibers will ich annehmen, daß es ihm unbekannt ist, daß die Abgeordneten, wenn sie bei Verhandlungen hin und wieder zugegen sind, lebhaft in informativem Zwecken zugelassen werden, sich aber nicht an den Verhandlungen aktiv zu beteiligen haben.

Als ich vor mehreren Monaten bei den Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Regierung über die Frage, ob das vorläufige Ortsklassenverzeichnis gesetzlich festgelegt werden solle, von meinem Gewissen getrieben, das Wort nahm und dringend von der gesetzlichen Festlegung abriet, bevor uns das endgültige Verzeichnis vorgelegt habe und einer gründlichen Prüfung unterzogen worden sei, weil sonst Ungerechtigkeiten bei der Einstufung erfolge der gesetzlichen Festlegung schwer zu beseitigen seien, rief ich damit den lebhaften Protest eines parteilichen Abgeordneten und des Geheimrat Kühnemann hervor, die auf den alten Brauch verwiesen, in diesen kombinierten Sitzungen nicht aktiv einzugreifen.

Würden wir trotzdem und gerade bei Verhandlungen über Gehaltsfragen uns eingemischt haben, dann hätte ich mal den Artikelsschreiber lesen mögen, wie er über „unzulässige Eingriffe“ in die unzeitigen Angelegenheiten der Gewerkschaften geäußert hätte und mit Recht. Denn über die Internas der Tarif bei Gehaltsverhandlungen sind die Abgeordneten noch im Bilde. Es ist auch mirlich ihre Sache nicht, dazu sind die Gewerkschaftsunterhändler da und Manns genug, allein fertig zu werden. Wo sie unsere Hilfe wünschen, sind wir bereit; dann muß aber die Auforderung von ihnen kommen.

Als vor wenigen Tagen auf Einladung der Mitglieder des Ausschusses der Beamtengüterauskunft im Reichstag erschien, um uns über seine Forderungen zu informieren, wollten ein parteiliches und ein deutschnationaler Abgeordneter, — von denen der erstere letzten Donnerstag im Plenum erst wieder keine Gewerkschaftsfeindlichkeit dokumentierte — die Vermittler machen zwischen Gewerkschaft und der „zufällig“ anwesenden Regierung. Dagegen habe ich mich auf das schärfste gewandt und wurde freilich unterstützt von dem rechtssozialistischen Abgeordneten Bender, denn wir sehen doch beide, daß man nicht den Gewerkschaften, sondern der Regierung helfen wollte, besonders nachdem der Vertreter der ärztlichen Gewerkschaften, Herr Roth, bereits seinen Unfall angekündigt hatte.

Werkwürdigerweise richtet der Angriff des Artiklers im „Deutschen Eisenbahner“ sich nicht gegen diesen, sondern gegen uns, die wir für die Beamtensinteressen eintreten.

Die Veröffentlichung unseres Programms nennt der Artikler hauptsächlich das Aufschreiben zur „teilenden Tat“ und meint, wenn unsere Partei neue Forderungen aufstelle, veranlasse dies auch andere Parteien, neue Forderungen aufzustellen. Ei nun! Ich möchte, das könnte dem Verbande doch nur recht sein, wenn er auch in anderen Parteien Helfer finden würde. Aber nein! Er fürchtet, daß man die Auszahlung der „Hungergehälter“ für die unteren Beamten“, wie er die Erhöhung der Beamtensätze selbst nennt, auf unbestimmte Zeit vertagt werden würde.

Das ist durchaus falsch! Bei der letzten Teuerungszulage hat die Regierung, ohne den verunglückten Reichstag zuvor zu fragen, (man hat lediglich die Fraktionsführer befragt, ob sie der noch nicht bewilligten Auszahlung nicht widersprechen), diese Auszahlung erfolgen lassen. Jetzt hätte ohne eine Stunde Verzögerung, wie wir beantragt hatten, die Auszahlung nach der Vorlage für die unteren neu Gehaltsgruppen erfolgen können, unterdessen hätte die Vorlage eingehend im Ausschuss beraten werden können, um den oberen Gehaltsklassen abzuziehen und den unteren und mittleren zuzulegen. Neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften hätten parallel laufen können, und die Beamten wären gut dabei gewesen. Statt dessen macht das Organ des Eisenbahner-Verbandes uns den Vorwurf, wir hätten nur aus parteilichem Grund gehandelt, nicht um den Beamten zu helfen. Mir scheint, dieser unerhörte Vorwurf ist nicht von dem Redakteur in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftler geschrieben, der unter Vorgeben sowohl in der Presse als auch im Parlament auf das Lebhafteste hätte begrüßen müssen. Er scheint mir vielmehr von dem Parteimann, dem Rechtssozialisten geschrieben zu sein, wobei der Parteiführer die Feder geführt hat. Den Interessen der Beamtensmitglieder würde es sicherlich weit mehr dienen, wenn er die Politik, die Beamtenspolitik der Rechtssozialisten unter die Lupe nehmen und neben den bürgerlichen Parteien den Rechtssozialisten ins Stammbuch schreiben, was er mit einer Spitze gegen uns am Schlusse seines Artikels sagt, nämlich:

„Wenn sich bei entscheidenden Beschlüssen des Reichstages die Parteien überbieten und den weitgehenden Anträgen ihre Zustimmung geben, dann ist den Beamten und Arbeitern gedient: das werden sie zu würdigen wissen.“

Ganz recht. Wir haben leichter in der Nationalversammlung und im Reichstag nicht nur den weitgehenden Anträgen unsere Zustimmung gegeben, wir haben vielmehr diese weitgehenden Anträge gestellt und sind dabei meistens sowohl von den bürgerlichen Parteien als auch von den Rechtssozialisten im Stich gelassen worden. Siehe die sehr in Plenarverhandlungen am 10. und 11. November. Erbittert über dieses Verhalten der bürgerlichen und rechtssozialistischen Partei über ihre Ablehnung, kamen nach der Abstimmung Tribünenbesucher zu mir und gaben ihrem Be-

# Die Lehren des Gasarbeiterstreiks

## Eine mißlungene Aktion

Die Bewegung der städtischen Gasarbeiter hat eine Reihe von schweren Gefahren erkennen lassen, in denen sich die Arbeiterbewegung befindet, wenn nicht bei den wirtschaftlichen Kämpfen die in Jahrzehntelangen und oft schmerzlichen Erfahrungen gewonnenen gewerkschaftlichen Grundsätze gewahrt bleiben. Gerade in einer Zeit, wo durch die ungeheure Preisrevolution die Arbeiter in größtem Umfange zu Lohnbewegungen gezwungen werden, ist es doppelt notwendig, den Kampf einheitlich und mit gewerkschaftlichen Methoden zu führen; es ist doppelt schädlich, diese Grundlage zu verlassen und grundsätzliche Gelegenheitspolitik zu treiben. Die Bewegung der städtischen Arbeiter bedeutete ein solches Abweichen von selbstverständlichen gewerkschaftlichen Grundsätzen, sie zeigte den Einfluß anarchoistischer Methoden. Deshalb sei ihre Entstehung und ihr Verlauf noch einmal an Hand der tatsächlichen Unterlagen dargestellt.

Zwischen der Stadtgemeinde Berlin und den städtischen Arbeitern bestand ein Lohnvertrag, der bis zum 30. November d. Js. lief. Inzwischen setzte aber durch die katastrophale Entwertung der deutschen Mark eine Teuerungswelle ein und es entstand eine wirtschaftliche Situation, die bei Abschluß des Lohnvertrages nicht vorausgesehen werden konnte und der daher auch die Sätze des Lohnvertrages nicht mehr entsprachen. Deshalb beschloß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, als die berufene Organisation der städtischen Arbeiter, an den Magistrat wegen außerordentlicher Beihilfen und baldiger Erhöhung der Löhne heranzutreten. Am 27. Oktober richtete das freigewerkschaftliche Lohnkartell an den Magistrat den Antrag auf Auszahlung einer Wirtschaftsbekämpfung von 1000 Mark. Das Lohnkartell hielt die Notlage der Arbeiter für so dringend, daß es von sich aus im Interesse einer baldigen Hilfe vorging. Die Funktionärversammlung der städtischen Betriebe, die am 2. November stattfand und deren Aufgabe es war, zu dem neu abzuschließenden Lohnvertrag Stellung zu nehmen, gab dem Vorgehen des Lohnkartells ihre Zustimmung. Gleichzeitig wurde aber in der Versammlung von einem Funktionär der Antrag gestellt, die Auszahlung bis 10. November zu fordern, anderenfalls in den Streik getreten werden müsse. Diese Forderung war technisch undurchführbar und gewerkschaftlich nicht berechtigt. Gerade der Grundsatz, den die „Rote Fahne“ zu vertreten sich so oft den Anschein gibt, die Massen entscheiden zu lassen, hätte es nötig gemacht, über eine solche ultimative Forderung mit Streikdrohung eine Urabstimmung in den städtischen Betrieben vorzunehmen. Das hätte aber nur ein Hin- und-Hergeraten der Verhandlungen bedeutet. Bereits am 4. November fanden zwischen Magistrat und Lohnkartell Verhandlungen statt. Der Magistrat erklärte sich ohne jedes Widerstreben grundsätzlich bereit, die Bezüge der städtischen Arbeiter zu erhöhen und den Reichssätzen gleichzustellen. Um aber eine gleichzeitige und gleichmäßige Erhöhung der Arbeiterlöhne in Reich, Staat und Gemeinde durchzuführen, schlug der Magistrat vor, bis zu dem unmittelbar bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen im Reich zu warten. Das war um so mehr nötig, als die entstehenden Mehrausgaben der Gemeinde aus eigenen Steuermitteln nicht zu decken waren, sondern Staatszuschüsse erforderlich machten. (Es handelt sich nicht allein um die buchmäßige Deckung, sondern auch um das Befahren der nötigen Barmittel!) Die Auszahlung der tausend Mark hätte allein über 70 Millionen Mark bares Geld erfordert! Der Magistrat sagte aber zu, unmittelbar nach der Rundgebung des Städtetages, die ja keinen anderen Zweck hatte, als von Reich und Staat die nötigen Mittel für Erhöhung der Löhne zu erhalten, sofort eine außerordentliche Magistratsitzung einzuberufen und in ihr die Bewilligung der Lohnerhöhungen zu beschließen. Am Freitag, den 11. November, waren die Verhandlungen zwischen Reich und den Spitzenorganisationen

der Arbeiter abgeschlossen, am nächsten Tage fand bereits die außerordentliche Magistratsitzung statt. Es hätte also der Gasstreik überhaupt nicht bedurft, denn diese Aktion hat die tatsächliche Entwicklung auch nicht um einen Tag beschleunigt.

Die am 7. November vorgenommenen Neuwahlen des Gesamtbetriebsrates der Städtischen Werke, die eine einseitig kommunistische und syndikalistische Besetzung ergaben, beeinflussten den Gang der Verhandlungen ebenfalls noch ungünstig. Am 8. November fand eine Plenarversammlung der Betriebsräte statt, in der — bei sehr harter Stimmenabstimmung — der bekannte Beschluß eines Ultimatus an den Magistrat gefaßt wurde. Das Lohnkartell erklärte nun mit Recht, daß es eine Verantwortung über seine Tätigkeit nur den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände schuldi sei und es ablehnte, die Verantwortung für das unberechtigte Eingreifen des Gesamtbetriebsrates zu übernehmen.

Während das Lohnkartell auf jede Weise verfuhr, möglichst rasch Hilfe für die städtischen Arbeiter zu schaffen, ließ der Ehrgeiz die Unionisten nicht ruhen und sie durchkreuzten bewußt und absichtlich die Aktion der Gewerkschaften. Im Charlottenburger Gaswerk, in dem die führenden Meister der Arbeiter-Union sassen, beschloß die Belegschaft mit rund 840 gegen rund 300 Stimmen in passiver Resistenz zu verharren, bis der Magistrat die Teuerungsbekämpfung bewilligt habe. Wenn die „Rote Fahne“ am Montag abend schreibt:

„Die Betriebsräte und Funktionäre wußten, daß es galt, in die durch die Schuld der Gewerkschaftsführer so verzerrte Bewegung wieder Einheitslichkeit zu bringen.“

so ist das eine beispiellose Lüge. Im Gegenteil ist die Aktion erst verzerrt worden durch das unberechtigte Eingreifen des Gesamtbetriebsrates und der unionistischen Quertreiber.

Die weitere Entwicklung der Dinge ist ja noch in aller Erinnerung. Die außerordentliche Magistratsitzung beschloß, den städtischen Arbeitern dasselbe zu zahlen, was Reich und Staat ihren Arbeitern zahlen. Ueber diesen Vorschlag findet in den städtischen Betrieben eine Urabstimmung statt, deren Ergebnis zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht vorliegt. Soviel steht aber schon fest, daß eine Besetzung der Lohnhöhe oder Auszahlung einer Beihilfe durch die ultrarevolutionäre unionistische Aktion nicht erreicht worden ist, sondern, daß das Verlassen der Grundsätze gewerkschaftlichen Kampfes, nämlich einseitiges Vorgehen durch die berufenen und von den Arbeitern selbst gewählten Organe der Gewerkschaften, bei den großen Arbeitermassen, die freigewerkschaftlich organisiert sind, lebhaften Widerspruch erregt hat.

Durch das Eingreifen des unionistisch orientierten Betriebsrates, der in einem Briefe vom 9. November an den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband erklärt, daß die kommunalen Betriebsräte der Gewerkschaftskommission und dem Lohnkartell „den schärfsten Kampf ansagen“, ist der Arbeiterkampf der städtischen Betriebe ein Schaden zugefügt worden, der sich noch sehr bemerkbar machen wird.

Diese Ausführungen und der Verlauf des directionslosen Gasarbeiterstreiks lassen ganz deutlich als wesentliche Lehren erkennen, daß eine erfolgreiche Lohnbewegung nur durchgeführt werden kann, wenn die Arbeiter nicht jeden Augenblick gegen die von ihnen selbst gewählten Organe wirken und wenn sie — was doch nach der Jahrzehntelangen Entwicklung der Gewerkschaften allmählich eine Selbstverständlichkeit geworden sein sollte — gewerkschaftliche Disziplin üben. Gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation hat die Arbeiterklasse alle Ursache, nicht eine verhängnisvolle, sie selbst schädigende Gelegenheitspolitik zu treiben, sondern einen einheitlichen Kampf um ihre Lebenshaltung nach bewährten gewerkschaftlichen Grundsätzen zu führen.

rechtigten Unmut lebhaften Ausdruck. Die Tatsache, daß wir am nachrücklichen Beamten- und Arbeiterinteressen wahrnehmen, ist in weiten Beamtentreisen bekannt. Davon legen Zeugnis ab die Hunderte von Zuschriften, die an die Redaktion gehen, in denen der Dank der Beamten zum Ausdruck kommt.

Alle diese Beamten und alle unabhängigen Menschen werden mit uns das Unerhörte des Angriffs empfinden, der im Eisenbahner-Organ gegen uns verübt ist und in dem es höchst perfid heißt: „Nicht um den Beamten zu helfen, sondern um den Beamten die größte Aktivität einer Partei vorzutauschen, um sie so für diese Partei zu gewinnen“, hätten wir die Forderungen veröffentlicht. So scharf früher der Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und wir nannten ihn deshalb Reichslügenverband! Heute wird eine Partei von einem freigewerkschaftlichen Organ so beschimpft, obgleich der Verfasser der Schimpfepistel ganz genau weiß, was die U.S.P. für Beamteninteressen bisher getan hat, nicht etwa wie andere Parteien: viel versprechen und wenig gehalten. Wir hängen das Verhalten des Redakteurs dieser und bemerken dazu: die Berichte über die Reichstagsverhandlungen sind einwandfreie Zeugnisse unserer Tätigkeit. Wer sich wahrheitsgemäß informieren will, mag sie lesen.

## Studentenprotest

Die Berliner Universität hat am Dienstag eine Kundgebung gegen die Entschöpfung des Völkerbundrats über Ober- und Mittelschulen veranstaltet. Mit dem üblichen Gepränge, das für viele der Teilnehmer an solchen akademischen Akten ja die Hauptsache zu sein pflegt. Es protestiert sich noch einmal so schön, wenn die Beine in Kanonenschießen stecken, die Brust mit einer breiten Schärpe geziert ist und die Faust den blinkenden Schläger hält. Der Rektor betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Studentenschaft keine Klagen und Vorwürfe erheben, sondern einen sachlich vielseitigen und wissenschaftlich voll begründeten Protest gegen den Völkerbundratsbescheid einlegen wolle.

Kun der Wissenschaftlichkeit war das Mittel nicht gerade günstig und den stärksten Befall fand es denn auch die Redner an den Stellen, wo sie in mehr oder weniger verfallenen Wendungen von dem „großen Tag der Rache“ sprachen. So der Prof. Bernhard, als er verließ, daß deutsche Studenten das deutsche Sehnen nach dem Wiedererwerb des stolzen freien Vaterlandes bereits erfüllen würden. So der Professor Hoehlich, der zu dem Ergebnis aufforderte, mit allen Mitteln die Gemeinshaft mit der d. ushischen Judenten in den abgetretenen Gebieten aufrechtzuerhalten, bis der Tag komme, da politisch genommen ein Dach sich über alle die Länder spanne, die im Westen und Osten durch Bergewaltung vom Deutschen Reich losgerissen worden seien.

Gerindere Begeisterung vermochte schon der Nationalökonom Prof. Schumacher zu erwecken, der die Regierung vor dem Versuch warnte, den Staat auf Kosten der Wirtschaft retten zu wollen. Ein solcher Versuch würde nicht zur Rettung des Staates, wohl aber zum Untergang der Wirtschaft gemeinsam mit dem Staat führen. Schuß der Wirtschaft, das sei die große und schwere Aufgabe, die dem deutschen Volk nach dem Genfer Diktat bevorstehe.

Die Studenten haben diese „wissenschaftliche“ Ablehnung der Erfassung der Goldwerte offenbar nicht verstanden, aber die Abschweifung des Professors Schumacher war auf jeden Fall für den Geist an unseren Hochschulen nicht minder bezeichnend wie die zur Sache gehörenden Tiraden seines Kollegen.

## Deutschnationale für Schimpffreiheit

Die Deutschnationalen bereiten einen großen parlamentarischen Kummel vor, weil der neue preussische Ministerpräsident Braun einen Erlaß an die Landräde die „Freiheit der Presse“ ergewalligt haben soll. Tatsächlich verhält es sich mit diesem Erlaß einfach so, daß Braun durch die Landräde auf die amtlichen Kreisblattredaktionen hinwirken ließ, damit sie das preussische Regierungsprogramm in der offiziellen Form und nicht mit tendenziösen Streichungen veröffentlichen.

Unsere Stellungnahme zu der Rede Brauns ist bekannt. Aber es ist anläßlich zu sehen, wie die Deutschnationalen aus dem Häuschen geraten, wenn die mit amtlichen Geldern genährten Kreisblätter ihren Lesern einmal eine Rede wahrheitsgemäß wiedergeben müssen. Die deutschnationale „Pressfreiheit“ steht in der Freiheit zum Verleumben und in der Hege zum politischen Morb. Die Kreisblätter sollen dieses Handwerk nicht nur ungehindert ausüben können, sie sollen von der Regierung auch noch dafür bezahlt werden.

Zusammenstoß. Auf der Straße Lüneburg-Wittenberge stießen am Dienstag vormittag zwei Güterzüge zusammen. Der von Dänenberg kommende Güterzug lief zwischen Hinder und Dänenberg auf einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Güterzug auf. Bisher wurden zwei Tote und fünf Verwundete ermittelt. Der Schaden ist beträchtlich, ein Wagen geriet in Brand.

Bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden sind San.-Rat Dr. Wegscheiders Brust-Tee. nach Original-Vorschritt seit Jahren erst. empf. und bewährt. Preis 2.- u. 3.-, auch Original-Vorschritt seit Jahren erst. empf. und bewährt. am Dönhofsplatz. Eleanora-Apotheke, Leipziger Straße 74. Fernspr. Zentrum 7192



# Die Verbrechergarde des Herrn Stennes

## Sadisten in der Hundertschaft z. b. B. / Mit Dienstpistolen auf der Anklagebank

Wegen Körperverletzung im Amte mittels gefährlicher Werkzeuge, Mißbrauch der Amtsgewalt und Rädigung im Amte hatten sich vor der vierten Strafkammer des Landgerichts III der Polizeiwachmeister Schlutte, der Oberwachmeister Martin, Hauptwachmeister Meyer und die Unterwachmeister Grunewald, Zimmer, Hahn, Adrian und Kienert, sämtlich von der berüchtigten Hundertschaft z. b. B. zu verantworten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde:

In der Nacht zum 3. Februar d. J. kam der 35jährige Kaufmann Robert Ditsch in Begleitung zweier Freunde durch die Lohmeyerstraße in Charlottenburg. An der Ecke der Kaiser-Friedrich-Straße hörten sie das Weinen einer Frau und sahen, wie diese von einem Mann geschlagen wurde. Ditsch rief: Schämten Sie sich, eine Frau zu schlagen! Der Mann, der, wie sich später herausstellte, seiner Verlobten eine Eifersuchtszene gemacht hatte, kam über die Straße. Die drei jungen Leute erkannten erst jetzt, daß es sich um einen Schutzpolizisten handelte. Dieser forderte sie auf, mit zur Wache zu kommen. Ditsch und seine Freunde bemerkten, daß der Beamte angegriffen war, und sie eruchten diesen um Verzeigung seines Ausweises. Der Schutzpolizistmeister Schlutte, um den es sich handelte, griff auch in die Tasche, nicht aber um seinen Ausweis herauszuholen, sondern er zog den Revolver und schlug damit Ditsch derart ans linke Ohr,

daß dieses sofort stark blutete.

Ditsch setzte sich zur Wehr und schlug Schlutte ins Gesicht, daß dieser zu Boden stürzte. Als Schlutte auf der Erde lag, versuchte er zu kriechen, die Wache verfolgte jedoch. Ditsch ging mit seinen Begleitern weiter, und als er den Unterwachmeister Blaumann traf, erzählte er diesem den Sachverhalt und bat ihn, den Schlutte festzunehmen. Der Schutzbeamte nahm natürlich nicht seinen Kameraden fest, sondern Ditsch.

Auf dem Wege zur Wache bereits wurde Ditsch mit Rippenstößen und Fußtritten traktiert. Ein Freund des Ditsch, der Zeuge Glaube, befand sich außerdem, daß Schlutte gelang hat: Warte nur, komme nur zur Wache, das wird dir ein zweites Mal vergehen. Auf der Polizeiwache wurde von dem Wachhabenden Martin der Oberwachmeister Meyer gerufen, der erklärte, alle Personen, die auf der Wache nichts zu tun haben, sollten verschwinden. Die beiden Freunde des Ditsch, die Zeugen Wenzel und Glaube, mußten die Wache verlassen, nachdem sie auch auf der Wache von einigen Polizeibeamten die Neugierung geübt hatten: Na warte nur, du wirst schon nachher sehen, was dir passiert! Ditsch wurde nun von Meyer nach dem Zimmer 50 in der Kaserne geführt. Hier sah er den Angeklagten Grunewald. Meyer verlangte nun, daß Ditsch den Sachverhalt schildern solle. Als Ditsch dieser Forderung nachkam, schrie ihn der Angeklagte Meyer an: Du lägst, du Lump, du Verbrecher! Dieser Ausruf des Angeklagten Meyer war das Signal für eine ganze Anzahl von Beamten, die sich über Ditsch hermachten, ihm Mantel und Rock auszogen, über den Tisch legten und mit Gummihäutchen, Stöcken und anderen Gegenständen solange auf ihn einschlugen,

bis er das Bewußtsein verloren hatte.

Als Ditsch wieder zu sich kam, hatten die menschenfreundlichen „Schutzpolizisten“ ihn mit Wasser begossen. Meyer fragte ihn nun nochmals, ob er die Wahrheit sagen und ein Protokoll unterschreiben wolle. Als Ditsch erklärte, daß er nur unterschreiben könne, was wahr sei, wurde er zum zweiten Mal über den Tisch gezogen und nochmals derart mißhandelt, daß er wieder das Bewußtsein verlor. Wiederum zum Bewußtsein gekommen, unterschrieb Ditsch aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen das Protokoll, ohne daß er es lesen durfte und ohne daß es ihm vorgelesen worden war. Merkwürdigerweise ist dieses Protokoll später verschwunden. Ditsch mußte dann noch den Fußboden aufwischen, und nachdem er vor einem Beamten „Strammstehen“ gelernt hatte, wurde er entlassen.

In weitläufiger Verhandlung befahte sich das Gericht mit diesem Sachverhalt. Bezeichnend war, daß sämtliche Angeklagte, mit Ausnahme des Wachmeisters Grunewald, abstritten, an der Mißhandlung beteiligt gewesen zu sein. Sie haben wohl Schritte gehört und andern Tags oder später erfahren, daß jemand

verhauen worden sei, aber jetzt wollen sie weder von den Mißhandlungen etwas wissen, noch kennen sie die Namen derjenigen, die den Nebenkläger Ditsch in geradezu unmenschlicher Weise mißhandelt haben.

Eine ganze Anzahl von Beamten traten als Entlastungszeugen auf. Sie verweigerten sich aber derart in Widersprüche oder verweigerten überhaupt die Aussage, so daß das Gericht beschließen mußte, von einer Verurteilung der Beamten wegen Unglaubwürdigkeit Abstand zu nehmen. Eine ganz besondere Rolle spielte der bekannte Hauptmann Stennes, ein Angehöriger, in seinem Aufstreiten hochfahrender Offizier, der seine Leute sehr gut instruiert hatte. Sämtliche Zeugen und Angeklagten gebrauchten die stereotypische Redewendung: Ditsch hat sich frech und frechhaft benommen. Der Vertreter des Nebenklägers stellte während der Verhandlung fest, daß Stennes auf dem Flur zu den Zeugen gesagt hat:

Nichts wird zugegeben!

Betzweckend mußte es wirken, daß sämtliche Angeklagte mit der Dienstpistole auf der Anklagebank saßen, zusammen mit dem Angeklagten Meyer, der sich in Untersuchungshaft befindet, weil er die Hauptrolle bei der Ermordung des Oberwachmeisters Buchholz spielte. Auf dem Flur vor dem Gerichtssaal konnte man einen regen Verkehr der Angeklagten mit den Zeugen feststellen.

Nach der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen Schlutte vier Monate Gefängnis, gegen Martin 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis und die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre, gegen Meyer 1 Jahr 4 Monate Gefängnis und ebenfalls Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren, gegen Grunewald und Zimmer je 3 Monate Gefängnis. Bei den anderen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt Freisprechung, da es nicht nachgewiesen werden könne, daß sie sich an den Mißhandlungen beteiligt hätten.

Der Vertreter des Nebenklägers schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts, der die Handlung der Angeklagten als schärfste mißbilligte, an. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Unger, stellte lange Betrachtungen über die technische Möglichkeit der Verteilung von Fußtritten ins Gesicht an und leierte die Tat der Angeklagten als eine ideale Handlung, denn sie hätten ihren geschlagenen Kameraden Schlutte rächen wollen.

### Das Urteil

Nach einstündiger Beratung wurde Martin wegen Verletzung des Nebenklägers Ditsch zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Meyer habe durch sein Verhalten das Ansehen der Schutzpolizei in erheblichem Maße gefährdet. Seine Handlungsweise sei überaus roh und verdiente strengste Abmahnung. Er wurde zu 1 Jahr 3 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde ihm die Fähigkeit abgesprochen, für die Dauer von 3 Jahren öffentliche Ämter zu bekleiden. Dem Angeklagten Grunewald wurde wegen gefährlicher Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zubilligt. Sämtliche anderen Angeklagten wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

Der vorstehende Prozeßbericht spricht für sich selbst. Nachzutragen ist nur noch, daß die Hundertschaft z. b. B. immer noch nicht aufgelöst ist, sondern nach wie vor in der Schloßkaserne zu Charlottenburg Dienst verrichtet. Arme Bürger, die auf diesen Schutz angewiesen sind! Hauptmann Stennes, das Haupt dieser Hundertschaft — man kann ruhig sagen: zur Verübung besonderer Verbrechen, trägt immer noch auf Staatskosten seine Uniform. Wie er, nach einer Feststellung des Verteidigers, die Zeugen in dem Mißhandlungsprozeß mit den Worten: Es wird nichts zugegeben! zu beeinflussen versucht hat, so ist ihm auch die Möglichkeit gegeben, das Verbrechen an dem Oberwachmeister Buchholz zu verdunkeln. Einen Versuch dazu hat er bereits bei dem Untersuchungsrichter gemacht, er ist dabei zwar abgeblüht, aber es bieten sich ihm noch genügend andere Wege, da die Verdächtigen nicht in Einzelhaft genommen, teilweise sogar noch auf freiem Fuße sind.

Das Verfahren gegen die Mörder des Oberwachmeisters Buchholz wird diesen Umständen gemäß mit einer Komödie enden

müssen. Und nun fragen wir den Polizeipräsidenten von Berlin und den neuen preussischen Innenminister, Herrn Severing, wie lange diese Bande von Verbrechern noch auf anständigen Bürger losgelassen werden soll? Haben die Herren kein Bedauern dafür, daß eine derartig überbelebte Polizeimannschaft das Ansehen der ganzen Schutzpolizei, so weit es noch vorhanden ist, untergraben muß? Eine Polizeitruppe, die selbst Verbrechen auf Verbrechen häuft, ist ein Schandfleck in der preussischen Republik, ein Schandfleck für die Bürger. Wird der Schandfleck nicht endlich ausgerottet, dann müssen schwerwiegende Gründe mitgesprochen, die die Öffentlichkeit nicht erfahren darf, über die aber noch geredet werden muß.

### Die Abstimmung in den städtischen Werken

#### Die Stellung der städtischen Arbeiterschaft

Die bis zur Stunde vorliegenden Resultate der Abstimmung in den städtischen Betrieben über die Annahme des vom Magistrat an Stelle der von den Arbeitern verlangten 1000-Mark-Belohnung angebotenen Zuschusses in Höhe der den Reichs- und Staatsarbeitern bewilligten Erhöhung für die Monate Oktober und November lassen noch nicht erkennen, ob die städtischen Arbeiter sich für Annahme oder Ablehnung entschieden haben. Das endgültige Abstimmungsergebnis dürfte erst im Laufe der späten Abendstunden vorliegen. Bisher lauten von 7400 Stimmen zwei Drittel auf Ablehnung und ein Drittel auf Annahme. Bemerkenswert ist hierbei, daß an der hohen Zahl der ablehnenden Stimmen hauptsächlich die Betriebe beteiligt sind, in denen weibliche Kräfte in größerer Anzahl beschäftigt werden, also die Krankenhäuser, Pflegeanstalten usw. Der Grund hierfür liegt in der Unzufriedenheit der weiblichen Arbeitskräfte über die Staffellung der Tariffrage für Frauen. Charakteristisch ist ferner das Abstimmungsergebnis in der Gasanstalt Tegel, wo sich 1300 Arbeiter gegen, und nur einige Zweihundert für Annahme des Magistratsvorschlages erklärt haben.

#### Ablehnung des Magistratsangebotes

Die Funktionäre der städtischen Arbeiter nahmen gestern in einer vom Lohnkariell einberufenen Versammlung in der Schultheiß-Brauerei zu der Abstimmung in den Betrieben über die Magistratsvorschlüsse Stellung. Polenose referierte. An der Abstimmung nahmen 4474 Arbeiter teil. Davon stimmten für Annahme 12 778, für Ablehnung 31 329. Der Referent verlas die am Montag in der Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter einstimmig angenommene Resolution, und empfahl, dieser zuzustimmen. Es müßten sofort neue Verhandlungen mit dem Magistrat aufgenommen werden. Der Versammlung liege die Pflicht ob, der Tarifkommission Richtlinien für ihre Arbeit zu geben. Nach diesen Ausführungen setzte eine heftige Debatte ein. Allgemein wurde das Verhalten des Magistrats verurteilt, der es im Gegensatz zu allen früheren Gelegenheiten mit der Auszahlung der Zulage sehr eilig hätte, um Zwietracht in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen. Bedauerlicherweise habe ein Teil der Arbeiterschaft die Säge angenommen. Auch der Verhandlungsausschuß wurden Vorwürfe über ihre schwächende Haltung gemacht. Durch die Verschleppungstatist des Magistrats seien die Forderungen der städtischen Arbeiter überholt worden. Die Arbeitnehmer seien sich gezwungen, ihre Forderungen zu erweitern. Sie verlangen die bereits geforderten 1000 Mark, und außerdem für jedes Kind 250 Mark. Die durch den Magistratsbeschluß bereits ausgezahlten und die sofort noch zu zahlenden Beträge werden auf diese Forderungen verrechnet. Die Lohnkommission wurde beauftragt, neue Verhandlungen anzuknüpfen.

#### Polenose zurückgetreten!

Polenose, der bisherige Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der eine führende Rolle im Lohnkariell inne hatte, wehrte sich energisch gegen das unverantwortliche Treiben der Kommunisten und ihrer noch weiter links orientierten Freunde und brachte schließlich eine Resolution ein, in der das Bedauern über den wilden Streik und die unbefugte Einmischung des Zentralbetriebsrates ausgesprochen wurde. Die Versammlung lehnte diese Entscheidung ab und sprach damit nicht nur dem Vorsitzenden Polenose, sondern auch dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie dem Lohnkariell ein Mißtrauensvotum aus. Polenose ist daraufhin von seinen Ämtern zurückgetreten. Es ist möglich, daß auch die anderen Gemeindefunktionäre seinem Beispiel folgen werden.

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Fick

Copyright 1921 by Grellstein & Co. S. M. P. Leipzig.

„In der Tat,“ gab Réal zu, „wir verdanken ihnen den Sieg.“ Er dachte einen Augenblick nach. „Ja, wir verdanken ihnen den Sieg, der uns anderthalb Millionen Tote kostete, also so viel wie die Einwohnerzahl von Elsaß-Lothringen beträgt, zweieinhalb Millionen Verwundeter, unter ihnen eineinhalb Millionen Krüppel, der nicht hindern kann, daß ein Siebentel unseres Landes verwüstet ist; der jedem Rentner durch die Verteuerung der Lebenshaltung drei Viertel seines Vermögens genommen hat; der uns weder Kohle, noch Metall, noch Wolle geben kann; der uns die Hungersnot beschert hat; der weder die Entwertung unseres Geldes, noch den Verfall unseres Außenhandels verhinderte, noch die allgemeine schändliche Dieberei und Geldmacherei; der unter den Siegern Groll zurückgelassen und bei den Besiegten einen Haß geschaffen hat, der zur Rache führen muß, der über ganz Mitteleuropa und Asien den Samen künftiger Kriege ausgestreut hat. So weit sind wir gekommen, so weit werden wir noch kommen. Wir haben wahrlich Ursache, stolz zu sein!“

Er durchlief das Altenbündel. Vergerlich klopfte er auf eine Nummer des „Intransigent“ vom Dezember 1914 mit den Worten:

„All diese Flachsköpfe hatten keine Ahnung von dem, was kommt! Statt zu versuchen, Klar zu sehen, begnügten sie sich, wie Nisepin den Tyrtaus zu spielen oder leeres Stroh zu dreschen, ja, leeres Stroh. Lesen Sie diese Leistung von Henri Lavedan über das Bajonett, das die guten Bürger in Elsaß und Kantonsfeld mit dem geschmackvollen Rosenamen „Rosafie“ benennen.“

Und er las eine Plauderei von Lavedan, in der das Bajonett das Lieblingspielzeug des Soldaten genannt wird, unter dessen Ruf er gern stirbt, seine gewöhnliche Gabel außerhalb der Maßzeit, in der in hohen Tönen das Kommando „Bajonett auf“ verheißt und dem Mordwerkzeug nachgerühmt wird, daß es vor Kampflust, Durst und Appetit gittert. „Es stürzt sich in das Gewirr der Brüste — es ist jung, schön, trunken, toll...“

Er wiederholte, lachend vor Zorn: „Unter dessen Ruf er gern stirbt! Und so etwas mögen diese Madelgreife am warmen Ofen zu schreiben, während unsere Jungen draußen im Schnee verbluten.“

Plötzlich fiel ihm ein, daß er die Akademiker, über die er sich so offen äußerte, um ihre Stimme werben müssen: dieser Gedanke war ihm peinlich. Eine Anruhe befiel ihn. Würde die kleine Schreiberin nicht ausplaudern, was er vor ihr gesprochen hatte — ohne bösen Willen, einfach aus Unachtsamkeit, vielleicht sogar aus Unberechnung? Ihre Blide begegneten einander. Er fühlte, nunmehr von ihr abhängig zu sein und eine jener Selbstentwürdigungen erlebt zu haben, aus denen das Leben der nach Erfolg Strebenden nun einmal zusammengeleht ist. Mit veränderter Stimme sagte er:

„Das bleibt doch alles unter uns, nicht wahr?“

Sie antwortete durch einen so freimütigen Blick, daß er sich beruhigt fühlte.

„Warten Sie mal,“ fuhr er fort, „wir müssen aber doch die Leistungen des guten alten Kavastier herausfinden. Er war doch hier in diesem Paket...“

Nein, in dem Paket, das er öffnete, lag kein Lobgesang des alten Varden. Er durstlöberige Zeitungen, die den mit Bleistift geschriebenen Generalnamen trugen: Stimmung der Truppen. Auf einem Blatt waren Zeitungsausschnitte, mit Ursprung und Datum, aufgestellt.

Zunächst fand er wieder einen ganz vertiegenen Artikel Lavedans aus dem „Intransigent“ vom 31. Oktober 1914, in dem behauptet wurde, der französische Soldat lache immer, überall und unter allen Umständen, und der mit der gutgemeinten Aufforderung schloß: „Seid lustig! Unterhaltet euch! Lacht, singt!“

Aber da stand auch:

„Der Soldat schläft unter der Mitrailleuse, unter der Kanone, in der Dredpfähle des Schützengrabens. Zufrieden wacht er auf. Bei der einfachen Frage: Sind Sie nicht müde? würde er sich tot lachen.“

Georges Clémenceau, „L'homme enchaîné“, 29. November 1915.“

Ferner erfuhr man aus dem „Gaulois“ vom 16. März 1915, wie sich der Soldat nach einem zwanzigjährigen Krieg sehnt, aus dem „Petit Parisien“ und dem „Gaulois“ von der großen Lustigkeit an der Front, aus dem „Matin“ von den Freuden des freibeweglichen Rotbades, aus dem „Matin“ von der Geringschätzung deutscher Geschosse, dieser Schiffelein Saurekraut, aus dem „Intransigent“ von der ausgezeichneten Gesundheit der Soldaten und dem hygienischen Leben an der Front.

Seit jener heldisch überhöhten ersten Zeit hatte Réal die Notigen nicht gelesen. Er erinnerte sich noch der Empörung, die diese Windbeutelerei bei der Mannschaft in ihren Sumpflöchern erregt hatten. Aber keiner hatte gewagt, Widerspruch zu erheben. Jetzt aber sah ihn tiefe Entrüstung.

Selbst Duonne sah ganz niedergedrückt aus.

„Wie konnten wir solches Zeug glauben? Denn wir haben alle diesen haarsträubenden Blödsinn geglaubt...“

„Kriegspsychose“, erläuterte Réal. „Dieser etwas schulmeisterliche Ausdruck drückt genau das aus, was Sie in Erfahrung jetzt. Kriegspsychose, besonderer Seelenzustand, Ausschaltung der Vernunft, vollständige Schwund des gesunden Menschenverstandes. Männer von Bedeutung haben erstaunliche Anzeichen dieses Wahnsinns gegeben. Barris erklärte Lavedan, als er ihn auf dem Konfordinenplatz traf: Ich verlange meinen Platz in der Mitte der Kameraden. Ich melde mich freiwillig. Können Sie sich diesen Akademiker mit dem Schliepprügel vorstellen? Ferné, der Verfasser von „Ihr Vaterland“, schrieb: Ich bitte Sie, mich aus besonderem Wohlwollen in das erste Infanterieregiment einzureihen, das an die Grenze geht.“ Der Heeresbericht, später auch das „Echo de Paris“, erzählte folgenden großartigen Zug, der mehr als Vorbild denn als Geschichtliches wirken sollte: Georges d'Espagnes, ein Mann von einundfünfzig, verlangte im Kriegsministerium seinen Korporalrang zurück. Auf den Einwurf: Ihre Beine dürften wohl zu steif sein, antwortete er: Ich kann auch auf den Händen marschieren, und lief auf den Händen durchs Bureau...“

Duonne sagte mit gerührtem Lächeln:

„Herzzerrend...“

„Kriegspsychose. Diese selbe Lähmung der Vernunft hatte alle kriegsführenden Völker ergriffen.“

Er fügte bei:

„Und leider Gottes sind sie noch immer nicht geheilt...“

Sie schwiegen.

Endlich schüttelte Duonne den Kopf, als wollte sie sich aus dieser Trübsal befreien und sagte heiter:

„Vorwärts, vorwärts an unsere Arbeit!“

„Richtig, also los.“

Und nun diktierte Réal rasch, ohne Notizen heranzuziehen, seinen Aufsatz, in dem er zwar die Ueberreizungen, zu denen sich viele während des Krieges hatten hinreißen lassen, ver-spottete, aber doch den alten Herrn besahnte, weil dieser den moralischen Niedertud bekämpfte und durch sein Ansehen zur Stärkung des Vaterlandes beigetragen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Reigen der Mucker

In Erwartung des Urteils

Während diese Zeilen geschrieben werden, liegt der „Reigen“ Troch in den letzten Zügen. Die Plädoyers dürften heute noch beendet werden, und es ist möglich, daß auch die Urteilsfällung noch heute erfolgt. Aber es ist ziemlich gleichgültig, wie das Urteil lautet wird. Selbst wenn das Gericht zur Verurteilung der angeklagten Theaterleute gelangen sollte, so würde man hierin nur eine lächerliche und hohle Formalität zu erblicken haben. Moralisch verurteilt ist schon jetzt, einfach durch den ganzen Gang der Verhandlung und dadurch, daß es überhaupt zu ihr kommen konnte, der moralische Herr Professor Brunner und sein Troch von Muckern und Bananen.

Diese reinblütigen Edelmenschen mit der antisemitisch-empfindlichen Seele im feuchten Busen haben zur Kunst weder ein legitimes, noch ein illegitimes Verhältnis, sondern betrachten sie ausschließlich als eine Gelegenheit zu möglichst häufiger, möglichst bestiger und möglichst nachhaltiger Erregung von Anstoß und Kergernis. Sie haben ein geradezu verblüffendes Talent, Schlüpfrigkeiten anzuspüren, und sie finden sie selbst dort, wo normale Menschen sie beim besten Willen nicht zu entdecken vermögen. Es ist kein Zufall, daß kein einziger von den ernstzunehmenden Sachverständigen, die im Laufe des Verfahrens gehört wurden, der Auffassung von Brunner beipflichtete. Niemand, der ein lebendiges Verhältnis zur Kunst hat, kann das. Niemand, der natürlichen Erscheinungen, also auch den Erscheinungen des Trieb- und Innenlebens — halten zu Gnaden, Herr Professor! — mit natürlichen Empfindungen gegenübersteht.

Es gibt ein altes Sprichwort, das lautet: „Dem Reinen ist alles rein, dem Schwein ist alles Schwein.“ Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß sich unter den zahlungsfähigen Anrainern des Kurfürstendamms, die die „Reigen“-Kasse stürmten, keineswegs lauter Reine befanden. Die meisten gingen vielmehr hin, weil sie sich — auf Grund der von Brunner entfalteten Reklame — so etwas wie einen literarisch-theatralischen Herrenabend versprochen. Aber sie kamen nicht auf ihre Kosten, denn die Darstellung war tatsächlich die Diskretion selbst. Anders als von der systematischen Brunnervergiftung versuchten Tugendathleten und Sittlichkeitsamazonen. Bereit und instand, in die vollendete Harmlosigkeit die zotigste Zote hineinzuzinterpretieren, versielen sie in einen förmlichen Degasmus von Kergernis. Woher nahmen sie die Zoten? Das Stück enthält keine, die Darstellung war einwandfrei, also —? In deiner Brust sind meines Schicksals Sterne, sagt der Dichter so treffend! Wie sieht es in der feuchten Brust dieser Männlein und Weiblein, wie sieht es in ihrem Unterbewußtsein wohl aus?

In den Hamburger Kammerspielen wurde bei einer Aufführung des „Reigen“ einer der ärgsten Nadaumacher festgenommen und abgeführt. Da Stinkbomben geworfen worden waren, wurden seine Taschen untersucht. Stinkbomben waren nicht darin. Aber — und dieses wird unter Eid einwandfreier Zeugen gestellt! — wohl fand sich bei dem Tugendbold ein Schächtelchen mit Präservativen. Mit diesem gebrauchsfertigen Apparat in der Tasche, schreibt die „Welt am Montag“, demonstrierte diese Blüte gegen die Verletzung seines moralischen Zartheitgefühls.

Nicht jeder Brunner hat so viel Stielgefühl wie dieser holde Knabe, der die letzten Möglichkeiten, die auf dem Grunde seines ärgernisfüchtigen Gemütes schlummerten, zu voller Rein- und Schweinkultur entwidelt. Und das ist alles, was letzten Endes zu dem „Reigen“ zu sagen bleibt, den die Mucker in Moabit aufgeführt haben. Im übrigen wollen wir die Kunst der Kunst überlassen und die Mucker sich selbst und — dem Arzte.

Denn es ist klar, daß hier krankhafte Erscheinungen im Spiel sind. Die ins Unterbewußtsein verdrängte und als Gefahr empfundene Sinnlichkeit befriedigt sich durch feindselige Akte gegen alles, was wirklich oder auch nur vermeintlich mit freieren und natürlicheren Befriedigungen des Trieblebens zusammenhängt. So ungefähr lautet die Diagnose. Man hat verzäumt, sie in Moabit zu stellen. Man hätte nicht literarische, sondern medizinische Sachverständige hören sollen. Schade, daß man sie nicht schon vor der Verhandlung gehört hat, dann wäre es wahrscheinlich gar nicht zu der grotesken Komödie gekommen, die tagelang das Gericht in Anspruch nahm und ein kleines Vermögen gekostet hat.

Am Schlusse seines Plädoyers beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Direktor Sladel und Frau Esjoldt Gefängnisstrafen von je vier Monaten, gegen die übrigen Angeklagten je drei Wochen Gefängnis, sowie Freisprechung des Angeklagten Kusch. Die Urteilsverkündung wurde auf Freitag früh festgelegt.

Das Bezirksamt „Tiergarten“ hat am 1. November die Geschäfte der Erwerbslosenfürsorge übernommen. Die Diensträume befinden sich Wielestr. 5/6.

Für die Sozialrentner und Arbeitslosen. Die Deputierten des Wohlfahrtsamts und der Erwerbslosenfürsorge traten heute zu einer Besprechung beim Stadtkämmerer Dr. Karding zusammen. Es wurde beschlossen, noch am Donnerstag einen Magistratsbeschluss herbeizuführen, um der Rot der Empfänger von laufender öffentlicher Unterstützung, der Sozialrentner und der Erwerbslosenunterstützungsempfänger abzuhelfen. Es ist in Aussicht genommen zu zahlen: in Einzelbeträgen an jeden Unter-

stützungsempfänger fünfzig Mark, an die Frauen der Unterstützungsempfänger ebenfalls fünfzig Mark und für jedes Kind dreißig Mark. Die Auszahlung soll sofort nach Bewilligung schon in den nächsten Tagen erfolgen. Im ganzen sind für dieses Hilfswerk neun Millionen Mark ausgeworfen.

## Zumuttszenen in Neukölln

Nachdem ein Teil der Erwerbslosen Neuköllns bereits seit dem 8. November vergeblich versucht hatte, das Fürsorgeamt Neukölln zur Zahlung von Unterstützungen an alle Erwerbslosen ohne besondere Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zu veranlassen, gingen dieselben heute zu Ausschreitungen über. Große Trupps halbwüchsiger Burschen zogen durch die Straßen und suchten hauptsächlich Geschäfte mit weiblicher Bedienung heim, aus denen sie alles Erreichbare mitnahmen. So wurden die Lebensmittelgeschäfte Rogatstr. 6, Emser Str. 18 und der Beamtenkonsum am Stubenrauchplatz heimgesucht. Nach Eintreffen der Schupo waren die Demonstranten veriwunden.

Jeder anständige Arbeiter muß von diesem Straßenmob abriden. Wenn auch das Elend und die Verzweiflung geradezu erschreckende Formen annehmen, so ist doch diese Art der Selbsthilfe streng zu verurteilen.

Proletarische Feiertunden am Sonntag, den 20. November, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus. Die diesmalige Veranstaltung ist eine Gedenkfeier für unsere von der Reaktion gemordeten Brüder. Eintrittskarten à 4 M. sind bei den Funktionären und in folgenden Verkaufsstellen zu haben: C. Belte Straße 8/9, Buchhandlung „Freiheit“; N. Wöhlerstr. 2, Restaurant Krüger; N. Luchenerstr. 8, Restaurant Hoffmann; N. Hufitenstr. 43, Expedition Lohmann; N. Tresestr. 26, Zigarrengeschäft Pinnen; N. Hufelandstr. 31, Zigarrengeschäft Schneider; D. Petersburger Str. 5, Restaurant Wiskuh; D. Romintener Str. 46, Zigarrengeschäft Dietrich; S. Schönleinstr. 20, Zigarrengeschäft Kuhring; W. Steinmehstr. 23, v. p. Expedition Döring; N. W. Gohlowskistr., Restaurant Kaiser; Schöneberg, Belgier Str. 27 und Bahnh. 48, Buchhandlung Dörwald und Drows; Neukölln, Emserstr. 32 und Redarstr. 3, Expedition. Die Funktionäre werden gebeten, die nichtverkauften Karten bis Freitag, abends, im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule zurückzugeben.

Johannisthal. Einen schweren Verlust hat unsere Organisation in Johannisthal zu beklagen. Der Genosse Ferdinand Weiland starb nach kurzem Leiden im Alter von 36 Jahren. Die Beerdigung findet am Donnertag, den 17., nachmittags 4 Uhr, auf dem Johannisthaler Friedhof, statt. Die Parteigenossen treffen sich um 3/3 Uhr nachmittags im Lokal Schreiner, Friedrichstr. 6.

Die Berliner Genossenschaftsbäckerei, Gerichtstr. 23, blickt am 16. November auf ihr fünfundsingzigjähriges Bestehen zurück.



## Sind's die Augen — geh' zu Ruhnke

Wenn Sie ganz genau passende Augengläser haben, können Ihnen diese erst wirklich nützen, wenn sie in haltbarer Fassung richtig vor Ihren Augen sitzen und dann dauernd diesen guten Sitz behaupten. Kaum zwei Kopfen sind gleich! Aber wir

haben für jede Kopfenform eine entsprechend gut sitzende Fassung, oder wir fertigen eine besonders für Sie an, ohne Ihnen mehr dafür zu berechnen. Weil wir Sie mit Sorgfalt bedienen und Ihnen gediegene Kneifer und Brillen liefern, wird Ihnen bei uns

### Zufriedenheit garantiert.

Dazu aber gehört mehr, als Ihnen nur Augengläser genau zu bestimmen und Ihnen die richtig sitzende Fassung zu verpassen. Zufrieden bleiben Sie auf die Dauer nur, wenn Sie verschont bleiben von Augenbeschwerden, Schmerzen, Tränen und ähnlichen Unannehmlichkeiten, wie Drücken der Fassung, Abfallen, Verbiegen, Zerbrechen. Solch Kergere verleiht einem oft den Gebrauch der Augengläser, ja zusammen mit den Reparaturkosten können dadurch alle Vorteile der Gläser mehr als aufgewogen werden. Darum

garantieren wir Ihnen nicht bloß Zufriedenheit mit unseren Augengläsern, sondern garantieren die Haltbarkeit aller Metallteile unserer Double- und Goldkneifer- und Brillen-Fassungen. Abgesehen von den Gläsern, oder den Teilen aus Horn, Celluloid oder Schildpatt, reparieren wir diese Fassungen während der Garantiezeit kostenlos, selbst wenn der Schaden durch Ihre eigene Schuld entstanden ist. Wir haben solches Vertrauen in die Haltbarkeit unserer Brillen und Kneifer, daß wir die

### Garantie auf Gold- und Double-Fassungen jeder Preislage

geben. Die Garantie dauert für die billigste Fassung ein Jahr, für teurere entsprechend länger, gemäß nachstehender Skala. Diese Preise verstehen sich ohne Gläser.

Kneifer ohne Randfassung Gold-Double	Kneifer mit Randfassung Gold-Double	Brillen mit u. ohne Randfassung Gold-Double
ein Jahr Ruhnke-Garantie 13,50, 22.—	ein Jahr Ruhnke-Garantie 28.—, 36.—	ein Jahr Ruhnke-Garantie 45.—
zwei Jahre Ruhnke-Garantie 30.—, 54.—	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 55.—, 68.—	zwei Jahre Ruhnke-Garantie 76.—, 86.—
drei Jahre Ruhnke-Garantie 75.—, 85.—, 96.—	drei Jahre Ruhnke-Garantie 88.—, 96.—, 112.—	drei Jahre Ruhnke-Garantie 96.—, 106.—, 124.—

Auf alle 14-karätigen Goldfassungen vier Jahre Ruhnke-Garantie.

Wir empfehlen unsere große Auswahl in den beliebtesten, modernen Hornbrillen von M. 48.— an. Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Kalkenomer Schleifart 12.—, Punkt-Brillen 24.—, dieselben aus unserem guten Sanostop-Glas 32.—.

# Optiker Ruhnke

- |  |   |  |   |  |
|--|---|--|---|--|
| <b>C</b><br>Spittelmarkt,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.        | <b>S</b><br>Kollbuscher Damm 10,<br>nahe Markthaus Gumbert  | <b>N</b><br>Chaussee-Str. 72,<br>nahe Wälderstr.   | <b>SO</b><br>Oranien-Str. 44,<br>zwischen Kottb. und<br>Oranien-Pl.   | <b>Neukölln:</b><br>Bergstr. 4<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.           |
| <b>W</b><br>Friedrich-Str. 103a,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. | <b>N</b><br>Schönhauser Allee 81,<br>am Bbl. Rortering  | <b>O</b><br>Frankfurter Allee 14,<br>nahe Klop.  | <b>Spandau:</b><br>Breite Str. 18,<br>nahe Markt.   | <b>Friedenau:</b><br>Klein-Str. 18,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.      |
| <b>W</b><br>Friedrich-Str. 103a,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. | <b>N</b><br>Friedrich-Str. 106,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. | <b>NW</b><br>Frankfurter Allee 14,<br>nahe Klop.   | <b>Charlottenburg:</b><br>Lauenhagen-Str. 15,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. | <b>Schwandau:</b><br>Friedrich-Str. 150,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. |
| <b>W</b><br>Friedrich-Str. 103a,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. | <b>N</b><br>Jussufden-Str. 164,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. | <b>SW</b><br>Friedrich-Str. 150,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. | <b>Wilmersdorf:</b><br>Haupt-Str. 21,<br>6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.         | <b>Wilmersdorf:</b><br>Bismarck-Str. 132-3,<br>nahe Wilmersd.  |



Probierst hab' ich wohl  
hundert Sachen,  
Nur mit  
**Urbin**  
ist was zu machen!

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften ausdrücklich  
**Urbin-Terpentinölware,**  
die noch nie erreichte Qualität.

**Metallhandelsstelle**  
Galan, Grünar Weg 10  
zahlt Tagespreise für  
Kupfer, Messing,  
Blei, Zink etc.

**Metalle**  
Kupfer, Messing, Zink,  
Blei, Zinn und  
Eisenerze, auch  
Silber Tagespreise

**Glühlampen**  
Halbwattlampen und Spezial-  
Elektro-Instal. Material  
kauft  
Schröder, Bernauer Str. 101  
Telegraph. 11.

**Warnung**  
Vor unheimlichen aber  
schlechten Heilversuchen  
Ept. 1/12-2 u. 3-4. Sonn. 1/11-1.

**Dr. med. Karl Reinhardt's  
Spezialärztl.  
Institut**  
Potsdamer Straße 117, u. d. Lützowstr.  
Glanzende Erfolge durch unser best-  
bewährtes Heilverfahren bei allen  
Geschlechtskrankheiten, Syphilis,  
Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche  
Schnelle sichere Behandlung ohne Bewußtlosh.  
Schmerzlose Salzwasser-Bäder, Wärme und Licht-  
unterstützung. Auswärts und Erziehung kostenlos.  
Leichte Schminke.  
Vor unheimlichen aber schlechten Heilversuchen  
Ept. 1/12-2 u. 3-4. Sonn. 1/11-1.

## Gewerkschaftliches

### Krisis in der Berliner Metallindustrie

Wir berichteten bereits im gestrigen Abendblatt über die Krisis in verschiedenen großen Industrien des Berliner Metallgewerbes und teilten u. a. mit, daß die R. A. G. in Oberschöneweide die 5000 Mann starke Belegschaft krisislos entlassen hat.

Entstanden sind diese Krisen durch das Verlangen der Arbeiter und Angestellten, zur Abwehr der Teuerung eine Wirtschaftshilfe zu fordern.

In den Werken der R. A. G. in Hennigsdorf nahm die Bewegung ihren Anfang. In Betriebsversammlungen wurden folgende Sätze aufgestellt: Für verheiratete Angestellte 3600 M., für ledige 2800 M., für verheiratete Arbeiter 2000 M., für unverheiratete 1500 M. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Betriebsrat sich mit den Betriebsräten aller Werke und Fabriken der Groß-Berliner Metallindustrie in Verbindung setzen und daß diese Forderungen überall gestellt werden sollten. Zu gleicher Zeit traten die Belegschaften in die passive Resistenz ein, um ihre Forderung zu unterstützen. Die R. A. G. verlangte ein normales Weiterarbeiten von der Belegschaft. Der Betriebsrat fühlte sich aber machtlos und gab der Direktion zu verstehen, daß sie wenigstens das Versprechen abgeben sollte, über die aufgestellten Forderungen verhandeln zu wollen. Diese Bedingung lehnte die Firma ab und entließ, wie gesagt, krisislos die Arbeiterschaft. Inzwischen hat sich auch der Deutsche Metallarbeiterverband mit der Angelegenheit beschäftigt und hat bei den beiden genannten Firmen zu vermitteln versucht. Bei der R. A. G. waren seine Bestrebungen insofern von Erfolg, als in einer Versammlung der gesamten Betriebsräte, die gestern abend stattfand, der Beschluß gefaßt wurde, der Direktion eine Entschädigung zu überreichen, in der mit Rücksicht auf die sprunghaft anwachsende Teuerung eine Beihilfe für Angestellte und Arbeiter gefordert wird. Bei der R. A. G. konnte bis zur Stunde noch nichts erreicht werden, da ja die Firma ihre ganze Belegschaft entlassen hat.

In dem Aufruf des A. S. B. wird Stellung zu diesen Vorgängen genommen, deren Schlussfolgerungen auch wir uns zu eigen machen. Für die brutalen Methoden der R. A. G. dürfte aber in den weitesten Kreisen kein Verständnis zu finden sein. Die Arbeiterschaft hat den entsetzlichen Notstand nicht bewirkt und wehrt sich dagegen, nicht ganz unter die Räder zu kommen. Würden hier schon gewerkschaftliche Pflichten verletzt, so hat diese Firma kein moralisches Recht, die Belegschaft aufs Pflaster zu werfen und den Wirtschaftskrisen im ganzen Gewerbe in Frage zu stellen.

Wir wollen hoffen, daß diese Aktion von der R. A. G. rückgängig gemacht, mit den berechtigten Vertretern der Belegschaft verhandelt und den gestellten Forderungen, denen sich die Firma nicht ganz entziehen können, nachkommen wird.

### An die Angestellten Groß-Berlins!

Die drückende Not, in die die Arbeiterschaft durch die außerordentliche Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse geraten ist, hat auch Teile der Angestelltenchaft Groß-Berlins zu Schritten getrieben, die in der gegenwärtigen Situation menschlich verständlich sind, aber vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nicht gutgeheißen werden können. Die Angestelltenchaft muß sich

vor Augen halten, daß Teufaktionen zu Zersplitterungen führen, die die Gesamtbewegung schädigen. Nur im Einverständnis mit allen in Betracht kommenden Körperschaften können für die einzelnen Branchen Forderungen aufgestellt und mit Aussicht auf Erfolg vertreten werden. Hierbei wird und kann naturgemäß die Fühlung mit den in anderen Branchen tätigen Berufskollegen nicht verloren werden. Wer Teufaktionen unternimmt, handelt auch gegen den Sinn der Solidarität, die sich erst dann recht zeigt, wenn man bei der Vorbereitung und beim Austrag von Kämpfen die Gesamtheit nicht vergißt. Wer nur für sich selber und seinen eigenen Betrieb in bezug auf Lohnerhöhungen arbeitet, ist ein Egoist, der das proletarische Empfinden verletzt. Die im A. S. B. und in den zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben alle Vorbereitungen getroffen, um mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen auch während der laufenden Tarifperiode Erhöhungen zu vereinbaren, die den veränderten Verhältnissen entsprechen.

Wenn dieses Vorgehen der Gewerkschaften Erfolg haben soll, muß jede Sonderbewegung zurzeit unterbleiben.

### Allgemeiner freier Angestelltenbund Distrikt Groß-Berlin.

**A. S. B. Funktionäre und A. S. B. Betriebsräte der Metallindustrie Groß-Berlins.** Freitag, abends 5 Uhr, findet im großen Saal der Batschhofer-Brauerei, Rindfleischstraße 2/3, eine Versammlung aller A. S. B. Funktionäre und A. S. B. Betriebsräte der Metallindustrie, A. S. B. und, Distrikt Groß-Berlin.

### Zum Streit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

Die Streikleitung teilt uns mit: Die angeführten Spitzenorganisationen: Deutscher Beamtenbund, Bund der Beamten und Angestellten der Reichsversicherungsanstalt, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und Zentralverband der Angestellten haben in Anbetracht der durch den Streik geschaffenen außerordentlich ernsten Lage im Interesse der Streikenden und der gesamten deutschen Angestelltenchaft eine Vermittlungsaktion bei den zuständigen Aufsichtsbehörden eingeleitet.

Ein Verhandlungsergebnis liegt zur Zeit noch nicht vor. Die Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte werden hiermit aufgefordert, zu der am Donnerstag, den 16. November 1921, vormittags 10 Uhr, in den Kammerkassen, Teltower Straße 1-4, anberaumten Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Das Direktorium war so naiv, uns einen Inseratauftrag von einer — halben Seite zu überweisen, in dem die Angestellten aufgefordert werden, „sowie ihren Dienst wieder aufzunehmen“, widrigenfalls Entlassung usw. angedroht wird. Dann heißt es noch: „Jede Bezahlung der Streiktage ist ausgeschlossen.“ — Jedes weitere Wort zu diesem überheblichen Vorgehen erübrigt sich.

### A. S. B. Bekleidungsarbeiter

Am Freitag, den 18. November 1921, abends 7 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18, eine wichtige Versammlung sämtlicher im Bekleidungsarbeiter-Verband organisierten Genossen statt.

Mitgliedsausweis der Partei und Gewerkschaft legitimieren.

Ausgesperrte der Knorr-Beecke. Die Berichterstatterin vom Termin findet am Donnerstag, den 17. November, vormittags 11 Uhr, im Lokal von Barisch, Neue Bahnhofstr. 20 statt.

### Arbeiter Sport

**Mitgliederversammlung.** Heute, Mittwoch, 16. November, nachmittags 2 Uhr, findet auf dem Ringe-Sportplatz, Reinickendorfer, Thuner Straße, an der Ecke, ein Stadtspiel der besten Berliner Fußballmannschaft gegen die Berliner Stadtmannschaft statt.

**Parteiveranstaltungen**  
Freitag, den 18. November, findet um 5 Uhr nachmittags eine gemeinsame Sitzung der Presse-Kommission und der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg statt. Pünktliches Erscheinen notwendig.

### Mittwoch, 16. November

1. Mittwoch, abends 7 Uhr Frauenabend. Auf vielseitigen Wunsch Ausrede über die religiöse Erziehung unserer Kinder. Einleitendes Referat Gen. Gerhardt. Vokal des Kulturarbeitersverbandes, Kuppelstr. 30.

2. Mittwoch, abends 7 Uhr in der gemütlichen Kasse des Realgymnasiums Offentlicher Vortrag des Gen. Prof. Kellenberg. Inhalt: Was ist Frau Parth zur Arbeit über von Beethovens, Schubert und Strauss. Eintritt 2 M.

### Donnerstag, 17. November

4. Mittwoch, abends 7 Uhr Abteilungsversammlung der 2. Abteilung in der Schulania, Wilmers, Ecke Fankstraße (Reihe Schule). 1. Referat. 2. Stellungnahme zum Parteitag. 3. Beschluß. Die Gruppenleiter haben hierzu die folgenden Einträge eingebracht.

12. Mittwoch, 2. Kollisionsabend. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulania, Wilmersdamm Str. 66-68 (alte Schule). 1. Vortrag. 2. Stellungnahme zum Parteitag. 3. Delegiertenwahlen.

Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr wichtige Distriktskonferenz bei Köhlschmidt, Reuberstr. 87. Um 6 1/2 Uhr Verbandsbesprechung.

### Verbandskalender

#### Donnerstag, 17. November

Zentralverband der Angestellten. Abends 7 Uhr Funktionärenversammlung aller Fachgruppen in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 66-67. — Ehemalige Genossen der Victoria. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — Rechtsanwalts-Bureau. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Schulhof, Neue Fankstr. 24-25. — Textil, Bekleidungs, Leder. Abends 7 1/2 Uhr Beleggruppenversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — Deutscher Transportarbeiter-Verband. Abends 7 Uhr Versammlung im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 27. Tagesordnung: Bericht der Kommissionsmitglieder über den Verlauf der letzten Lohnverhandlung. — Metallischer, Expeditorenarbeiter usw. Abends 7 1/2 Uhr Beleggruppenversammlung bei Becker, Weckerstr. 17. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlung. — Brandenburger Genossen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion 1, Arbeiter. Gruppenversammlungen: 5 Uhr Gruppe Schulhofstraße und Fabrikstr.; 7 Uhr Gruppe Bodenleber bei Witte, Volkstr. 28. Um pünktliches Erscheinen ersucht die Verbandsleitung.

Deutscher Wertmischer-Verband, Fachgruppe Metallindustrie. Sämtliche Betriebsleiter und Funktionäre der Metallindustrie haben abends 5 Uhr Versammlung im Restaurant Schulhof, Neue Fankstr. 24-25. Tagesordnung: Teilbericht, Ergebnisse bringen erforderlich.

Seitler, Leppinger und Fortschlicher. Nachm. 5 Uhr Vertrauensmännerversammlung der Lebensmittelbranche im Strahlischen Betriebshaus, Alexanderstr. 44. Tagesordnung: A. S. B. Mitgliedsausweis, heimische Industrie. Nachm. 5 1/2 Uhr Abteilungsversammlung des Zentralverbandes der Angestellten, Wilmersdamm-Str. 7-10, wichtige Sitzung. A. S. B. und, Distrikt Groß-Berlin.

Manufaktur der Wägen- und Karosseriebranche. Abends 7 Uhr findet in den Sophiensälen (Reihe Saal), Sophienstr. 17-18, eine A. S. B. Versammlung der Angestellten der Wägen- und Karosseriebranche statt. Tagesordnung: Der Verlauf der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen sämtlicher in Frage kommenden Kollegen unbedingt notwendig. Mitgliedsausweis eines A. S. B. Mitgliedes legitimiert.

Angestellte der Berliner Holzindustrie. Abends 7 Uhr findet im Vorkriegslokal der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Str. 66-67, eine A. S. B. Versammlung sämtlicher Angestellten der Holzindustrie statt. Tagesordnung: Das Ergebnis der Tarifverhandlungen mit den vereinigten Arbeitgeberverbänden der Berliner Holzindustrie. Mitgliedsausweis eines A. S. B. Mitgliedes dient als Legitimation. A. S. B. und, Bezirk Groß-Berlin. In der Oberrealschule, Niederwallstr. 12, Vortrag des Gen. P. Niebrandt über „Was der Welt der Knute“.

Schwarzarbeiter der Schwerindustrie G. B. 7 1/2 Uhr in der Philharmonie, Köpenicker Str. 66, Mitgliederversammlung des Herrn Kletzer. Eine Wanderung durch Wilmersdamm. Eintritt 1,50 M. Mitgliedsausweis vorhanden. Gänge willkommen.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Des Reichsbüros, Berlin-Triebsdamm; für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: H. Kubler, Berlin; für den Internatinalen und geschäftlichen Mittelteil: Eduard Kasper, Charlottenburg. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, a. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2.

Exzelle Straße 8-9.

Urteilen Sie selbst!

Erhöhte  
Zigaretten  
Steuer

Geld-  
Entwertung

# Dennoch die guten MASSARY Zigaretten

MASSARY-CLASSE 50,8  
CAID 60,8 \* ROAL 70,8

Steigerung  
allgemeiner  
Unkosten

Urteilen Sie selbst!

Verteuerung  
der  
Edeltabake

KON  
LINON

